

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen können für Deutschland und Österreich 10,- M., für das übrige Ausland 24,00 M., zusätzlich Saldo + Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 25,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Feuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeige 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### In Erwartung der deutschen Vorschläge

#### Französische Beratungen über die Reparationsfrage

Paris, 15. April.

Die „Havas“ meldet, wird über die Ergebnisse der Sitzung, die heute vormittag im Elysee stattfand, von den beteiligten Kreisen Stillschweigen bewahrt. Es sei jedoch augenscheinlich, daß der Gegenstand der Beratung die Prüfung der Maßnahmen gewesen sei, welche nach dem Versailler Vertrag, am 1. Mai, nötig werden könnten. Es seien keinerlei Entschlüsse gefaßt worden, denn die Stellungnahme der französischen Regierung werde ganz und gar von der Haltung der deutschen Reichsregierung abhängen. Es stehe natürlich zweifellos fest, daß im voraus alle Möglichkeiten, ebenso wie die nötig werdenden Maßnahmen erwogen worden seien. Außerdem sei klar, daß die französische Regierung, wenn sie zum Handeln gezwungen würde, nur nach Verständigung mit ihren Verbündeten handeln werde.

Auch diese französische offiziöse Mitteilung, die sich aller Erzählungen enthält, läßt ebenso wie die vorhergegangene englische erkennen, daß England und Frankreich die neuen deutschen Vorschläge abwarten wollen, ehe definitive Beschlüsse erfolgen. Die Veröffentlichung verfolgt auch den Zweck, der deutschen Regierung nahezu legen, ihre Vorschläge direkt — ohne Vermittlung — zu überreichen.

#### Eine Rede Briands

CC. Paris, 15. April.

Der französische Kammerauschuss für Neues trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Paul Escoutier zusammen. Der Ministerpräsident gab in einer mehr als zweistündigen Rede vor etwa 30 Anwesenden ausführliche Antworten auf die ihm überreichten Fragen. Seine Ausführungen bewegten sich im Allgemeinen im Geiste seiner bereits vor der Kammer und dem Senat gegebenen Erklärungen. Briand betonte ausdrücklich, seine solche Verhandlungen zulassen zu wollen, die es auf einen Aufschub abgesehen hätten. Neue Vorschläge Deutschlands müßten den Beweis eines guten Willens erbringen, man werde auch Pfänder verlangen. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß, um die Durchführung des Versailler Friedensvertrages zu

erreichen, neue Opfer verlangt werden könnten. Wenn solche Opfer aber nötig seien, müssen sie aber durch gleichwertige Kompensationen aufgewogen werden. Briand sucht dann nachzuweisen, daß Deutschland imstande sei, seine Pflichten zu erfüllen. Deutschland habe aber bisher weder direkt noch indirekt einen Vorschlag gemacht, der erster Erwägungen wert gewesen wäre.

Der Ministerpräsident macht dem Hause Mitteilung von seiner Absicht, mit den Alliierten in Besprechungen einzutreten, um sich über die neuen Maßnahmen schlüssig zu werden die man werde ergreifen müssen. Dies sei auch Gegenstand der heute vormittag im Elysee abgehaltenen Konferenz gewesen. Die neuen Maßnahmen werden nicht nur in der Befehung neuer deutscher Gebiete bestehen, sondern werden auch wirtschaftlicher Natur sein.

Briand wendet sich dann den Abmachungen mit der Türkei zu. Dann sprach er noch über Oberschlesien. Die Regelung der Frage werde in Gemäßheit des Friedensvertrages in Aussicht genommen. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten hatten auf die Versammlung einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

#### Sitzung des Reichskabinetts

Die „Dena“ veröffentlicht folgende Information:

Im Laufe des heutigen Vormittags trat das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammen, in der, wie die „Dena“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, zur Frage der neuen Reparationsangebote eingehend Stellung genommen wurde. Dabei trat innerhalb des Kabinetts volle Einmütigkeit darüber zutage, daß die Reichsregierung den Alliierten unbedingt neue Vorschläge unterbreiten müsse. In welcher Richtung sich diese bewegen müssen, kann nicht zweifelhaft sein. Der neue deutsche Reparationsplan wird einmal die krennende Wiederaufbaufrage in den Vordergrund zu rücken haben, sodann der Lastfrage Rechnung tragen müssen, daß die Hauptgeschädigten, namentlich Frankreich, so rasch wie möglich in den Besitz flüssiger Geldmittel gelangen. Es versteht sich von selbst, daß der deutsche Wiederaufbauplan im engsten Einvernehmen mit den gemeinschaftlichen Arbeiterorganisationen durchberaten und festgestellt werden muß. Dementsprechend folgte der heutigen Kabinettsitzung eine längere Beratung der Reichsregierung mit den Gewerkschaftsleitern, in der ausgiebig Gelegenheit gegeben war, die technischen Einzelheiten des Wiederaufbauplans nach allen Seiten hin zu erörtern.

### Rohlenpreiskomödie

Schulden können nicht sozialisiert werden.  
Philipp Scheidemann, November 1918.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ schreibt Dr. A. Kuczyński:

Mit dem 1. April ist der Preis der Tonne Ruhrkohle ab Grube um etwa 30 Mark erhöht worden; gleichzeitig sind die Gütertarife bedeutend gestiegen. Damit hat die Bewegung für den Preisabbau gewerblicher Erzeugnisse einen tödlichen Schlag erlitten. Schon hat der Reichswirtschaftsminister unter Hinweis auf die Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten, die Zementpreise, die am 1. März neu festgesetzt worden waren, mit Wirkung ab 1. April um 22 bis 31 Mark für die Tonne erhöht. Die Lage ist mithin so: die Kohlenpreise haben eine Steigerung erfahren, die etwa zweieinhalbmal so hoch ist wie der Gesamtpreis der Kohle vor dem Kriege. Die Zementpreise haben eine Steigerung erfahren, die fast ebenso hoch ist wie der Gesamtpreis des Zements vor dem Kriege. Die Eisenbahnverwaltung hat die Gütertarife erhöht, um ihr Defizit zu mindern, muß aber nunmehr allein für Kohlen monatlich 40 Millionen Mark mehr ausgeben als bisher. Die Reichsfinanzverwaltung zieht zwar, infolge der automatischen Steigerung der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer, aus der Erhöhung der Kohlenpreise einen Gewinn von monatlich 40 Millionen Mark, muß aber den Zechenbesitzern für die an die Entente zu liefernde Kohle monatlich 60 Millionen Mark mehr zahlen als bisher.

Es hat allgemein überrascht, daß der Reichswirtschaftsminister eine so gewaltige Steigerung der Kohlenpreise genehmigt hat, nachdem gerade jetzt die Zechenbesitzer durch den Fortfall der Ueberschichten, für die sie ja doppelte Löhne zahlen müssen, ihre Ausgaben erheblich einschränken konnten. Er hat dies nachträglich folgendermaßen begründet: Von der Kohlenpreiserhöhung um 25 Mark (ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) kämen den Zechen nur 18 Mark zugute; bisher aber hätten die Zechen bei jeder Tonne, die sie förderten, durchschnittlich 18 Mark zugelegt. Das Reichswirtschaftsministerium habe „die Selbstkostengestaltung von Grund auf untersucht“.

„Dabei ist festgestellt worden, daß bereits im Oktober vorigen Jahres der Durchschnitt der Zechen mit einem Fehlbetrag von etwa 12,50 Mark gearbeitet hat. Bei diesem Ergebnis waren bereits die Gewinne aus Nebenprodukten einbezogen. Inzwischen hat sich nun der Preis dieser Nebenprodukte gesenkt, eine Senkung, die auf die Gesamtmenge der Ruhrkohle im Durchschnitt 3 bis 5 Mark auf die Tonne ausmacht. Es hat sich ferner aus einer sorgfältig geführten Statistik ergeben, daß der auf die Tonne entfallende Lohn eine, wenn auch geringe Steigerung aufzuweisen hat. Mit der Preiserhöhung von 18 Mark ist demnach nur der nachgewiesene Fehlbetrag ausgeglichen worden. Nicht abgegolten ist insbesondere der Umstand, daß dieser Fehlbetrag schon seit einigen Monaten vorhanden ist.“

„Unter diesen für den Bergbau nicht günstigen Umständen“ sei es „nicht möglich“ gewesen, den Zuschlag von 8,50 Mark für die Tonne, der den Zechen vor einem Jahre für ihre Mehr ausgaben infolge der Ueberschichten bewilligt worden war, aufzuheben. Nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums würden also die Zechen nach der jetzt vorgenommenen Kohlenpreiserhöhung bei Aufrechterhaltung der Ueberschichten gerade auf die Kosten kommen und bei Fortfall der Ueberschichten einen Gewinn von 8,50 Mark für die Tonne, oder, wenn man die erhöhte Ersparnis infolge der im Laufe des Jahres eingetretenen Lohnerhöhungen berücksichtigt, einen Gewinn von 11 bis 12 Mark für die Tonne haben. Das wäre immerhin etwa zehnmal so viel wie der Gewinn vor dem Kriege.“

In Wirklichkeit ist aber der Gewinn der Zechen sehr viel größer. Denn es ist völlig ausgeschlossen, daß sie im Oktober v. J. durchschnittlich 12,50 Mark und in der Folgezeit 18 Mark für die Tonne zugelegt hätten. Das Reichswirtschaftsministerium behauptet, es habe die Selbstkostengestaltung „von Grund auf untersucht“. Was von solchen Untersuchungen zu halten ist, kann auch der Laie ohne weiteres aus den Protokollen der Sozialisierungskommission vom Frühjahr 1920 ersehen. Die Berechnungen von Mitgliedern der verschiedensten wirtschaftspolitischen Richtungen hatten damals zu dem Ergebnis geführt, daß der Gewinn der Ruhrzechen je Tonne etwa 30 mal so groß war wie vor dem Kriege. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums glaubte auf Grund seiner Kenntnis der Selbstkosten nur eine höchstens halb so große Gewinnsteigerung annehmen zu dürfen. Rathenau erwiderte ihm: „Herr Geheimrat, das sind die errechneten Selbstkosten, die Ihnen vorgelegt werden. De facto liegt die Sache so, daß in den Aufsichtsratsitzungen der großen Werke, wo wirklich Rechenschaft gegeben wird — viele geben auch in ihren internen Kreisen keine Rechenschaft —, das Entstehen über die Gewinne ein allgemeines ist.“ In derselben Sitzung hatte Rathenau die Zechengewinne auf ungefähr fünf Milliarden Mark im Jahre geschätzt, und wenige Tage vorher hatte er ausgeführt: „Heute sieht die Sache so aus: es wird im Dunkeln Blindfuß gespielt, und es wird irgendein Kohlenpreis vereinbart, der nun

## Der Dreibund=Streik abgefragt

### Der Kampf der englischen Bergarbeiter

London, 15. April.

Der auf heute abend 10 Uhr festgesetzte Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter wurde abgefragt. Als Grund dafür gab der Sekretär des Verbandes der Maschinen und Heizer die Weigerung der Bergarbeiter an, trotz des Antrates des Nationalverbandes der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Organisation der Maschinen und Heizer in weitere Verhandlungen zu treten. Einer Exchange-Meldung zufolge soll der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges zurückgetreten sein. Bezeichnend für die plötzliche Wendung in der Lage ist die Tatsache, daß, während im Unterhause im Laufe der Debatte über die Streiklage der Arbeitersführer Clynes dem Hause darlegte, daß es ein Akt der Treulosigkeit von Seiten des Arbeiterdreibundes sein würde, die Bergarbeiter im Streik zu lassen, das Parlamentsmitglied Leslie Wilson die Ansicht brachte, daß der Arbeiterdreibund die Bergarbeiter im Streik gelassen habe. Diese Nachricht verbreitete sich rasch im Hause. Clynes erfuhr sie jedoch erst, als er seine Rede beendet hatte.

London, 15. April. (Reuter.)

Im Unterhause verlas Lloyd George einen Brief des Bergarbeiterbundes, demzufolge ein Ausgleich nur möglich ist, falls ein nationales Lohnamt errichtet und die Nationalisierung zugestanden wird. Der Bund sei daher überzeugt, daß die Besprechung mit den Grubenbesitzern einen Erfolg nicht zeitigen könne.

Hodges antwortet mit, daß als Ergebnis der Streikabfrage der Eisenbahner und der Transportarbeiter beschlossen worden sei, sofort eine Konferenz der Vertreter aller Kohlenzechen zu morgen einzuberufen.

Thomas teilt mit, er habe den Bergarbeiterbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es für angemessen erachtet worden sei, daß die Bergarbeiter den von Hodges gestern gemachten Vorschlag annehmen sollten. Er finde es deshalb nicht gerechtfertigt, den Eisenbahner den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahner zugestimmt.

Nach anderen eingegangenen Meldungen hatten die Bergarbeiter der reichen Grubenbezirke sich endgültig bereit erklärt, ihre Löhne herabsetzen zu lassen, damit ihre Kameraden in den weniger produktiven Gruben den gleichen Lohn wie sie erhalten könnten. Ferner hat Hodges erklärt, daß die Bergarbeiter bereit seien, das Lohnangebot der Unternehmer in Erwägung zu ziehen. Daraus habe sich die Sympathie der Öffentlichkeit und der Parlamentsmitglieder völlig den Bergarbeitern zugewandt, was angeblich wiederum zur Folge hatte, daß die Grubenbesitzer sich zum Verzicht auf jede Dividende für eine gewisse Zeit bereit erklärt haben, damit das Reinergebnis der reicheren Gruben zur Verbesserung der Löhne der ärmeren Gruben zur Verfügung gestellt werden könne.

Wenn es richtig ist, daß trotz dieser entgegenkommenden Erklärungen von beiden Seiten die Bergarbeiter die Aufnahme neuer Verhandlungen abgelehnt haben, und wenn Hodges infolgedessen von seinem Amte zurückgetreten ist, so läßt das den Schluss zu, daß radikalere Strömungen unter den Bergarbeitern die Oberhand bekommen haben, und eine Taktik verfolgen, die von den Eisenbahner und Transportarbeitern anscheinend abgelehnt wird. Nur eine solche Entwicklung der Dinge könnte das plötzliche Umschwenken der Dreibund-Gewerkschaften erklären. Eine genaue Aufklärung der Zusammenhänge wird wie gesagt erst später möglich sein.

### Das Habsburgergesetz abgelehnt

Wien, 15. April.

Der Nationalrat hat das sogenannte Habsburgergesetz, d. h. den von den Sozialdemokraten eingebrachten Entwurf betr. die kaiserlichen Bestimmungen zu dem Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger, mit 85 gegen 84 Stimmen abgelehnt, wodurch eine Regierungskrise, die aus den Beratungen über das Gesetz bereits zu entstehen drohte, gegenwärtig vermieden erscheint.

Sozialisierungsversuch in Spanien. Im spanischen Senat kündigte Handelsminister La Cierva an, in Madrid werde ein Versuch mit der Sozialisierung der Bäckereien gemacht werden. Die Bäckereien würden expropriert werden.

fürlich nicht nur eine gewöhnliche Unternehmerrente enthält, sondern eine Unternehmerrente, die so hoch ist, daß die Unternehmer selbst anfangen, sich zu genieren. Ich habe vor zwei Tagen mit einem der größten Interessenten des Kohlenverbandes gesprochen und habe ihm das einmal gesagt. Darauf hat er mir geantwortet: „Ja, glauben Sie nicht, daß die Sache mir auch sehr peinlich ist? Glauben Sie nicht, daß ich in Aufsichtsräten oft genug zur Sprache gebracht habe, daß die Dinge so nicht weitergehen können?“ ... Also ich kann nur sagen: heute liegt die Sache so, daß einfach ein Kohlenpreis festgesetzt wird, der nicht nur eine Rente enthält und eine Rente garantiert, die angemessen ist, so wie ich sie mir denke, sondern eine Rente, die ich ungefähr so einschätze, daß der Unternehmer sehr unzufrieden sein und sich vor seinen Angestellten genieren müßte, wenn er nicht in einigen Monaten das Aktienkapital verdient. Ich glaube aber: er braucht sich nicht zu genieren.“

Ich hielt damals die Schätzung Rathenaus, daß die Zechen in einigen Monaten soviel verdienen wie ihr ganzes Aktienkapital ausmacht, für eine Ueberschätzung. Ich glaube heute, daß er recht hatte. Nach Feststellungen des Dortmund und Bankhauses Gebrüder Stern, die sich auf 34 rheinisch-westfälische Steinkohlenzeche erstreckten, stieg der gesamte Kurswert dieser Zeche von 876 850 000 Mark am 31. Dezember 1919 auf 2 946 000 000 Mark am 31. Dezember 1920, also auf das Dreieinhalbfache! Der Durchschnittsverdienst im einzelnen verfolgt läßt, betrug am 31. Dezember 1919: 21 680 Mark, am 30. September 1920: 47 730 Mark, am 31. Dezember 1920: 77 130 Mark. Und das soll bereits im Oktober vorigen Jahres der Durchschnitt der Zechen mit einem Fehlbetrag von etwa 12,50 Mark gearbeitet, die Ruhrzechen insgesamt also monatlich 100 Millionen Mark zugeföhrt haben?

Ich bezweifle nicht, daß der Reichswirtschaftsminister die ihm von den Zechen vorgelegten Selbstkostenberechnungen, auf Grund deren er die Kohlenpreiserhöhung genehmigt hat, für richtig hält. Aber ich bezweifle auch nicht, daß die Zechen selbst diese Selbstkostenberechnungen für falsch halten.

## Ein Not-Ministerium

Ministerpräsident Stegerwald ist noch immer ohne Minister. Er leitete gestern den bisherigen Koalitionsparlament mit, daß er keine neue Auflage der alten Koalitionsregierung bilden wolle. Ebenfalls wollte er aus außen- und innenpolitischen Gründen auf die Regierungsbildung verzichten. Er schlug deshalb vor, ein Ministerium aus drei politischen Persönlichkeiten, Stegerwald, Severing und Fischel zu bilden. Daneben sollen die bisherigen Koalitionsparteien je einen parlamentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung rein politischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orientierter und erfahrener Männer vorhanden ist. Die übrigen vier Ministerien sollen mit Beamten versehen werden, die sich verpflichten, die Reichsverfassung und die preußische Verfassung in Stunden der Gefahr mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Dieser Vorschlag hat aber keine Aussicht auf Verwirklichung, da die Parteien sich ablehnend verhalten. Deshalb hat sich Stegerwald entschlossen, bis nach Erledigung der Sanktionsfrage ein Geschäfts- und Uebergangsministerium zu bilden, in dieses in Gesinnung und Leistung erprobte Männer zu berufen und bei der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zu überlassen. Man wird ja abwarten müssen, was das für Männer sind. Sicher ist aber, daß die politische Führung während eines solchen Uebergangsministeriums dem Zentrum zufällt.

## Sturm im Landtag

In der Freitagssitzung des Landtags wurde die Debatte über den kommunistischen Putsch in Mitteldeutschland vorgesetzt. Als erster Redner kam der Innenminister Severing zum Wort. Er wandte sich sehr scharf gegen die Deutschnationalen und deren Wortführer, den Abgeordneten Graf Anklam. Herr Graf hatte für den kommunistischen Putsch die Preussische Staatsregierung und insbesondere die „neuen Männer“ verantwortlich gemacht, die die Revolution „emporgespült“ habe. Herr Severing wies demgegenüber nach, daß der Kapp-Putsch nicht von den Männern des neuen Systems gemacht worden sei, sondern von den Trägern des alten Systems, und dieser Putsch sei für den Bestand des deutschen Reiches weit gefährlicher gewesen, als der kommunistische Putsch.

Herr Severing machte dann die Spindelberichte lächerlich, die von deutschnationaler Seite veröffentlicht werden zu dem Zweck, die kommunistische Gefahr größer zu schildern, als sie in Wirklichkeit ist. Die Strategien, die derartige Klänge ausstrahlen, gehörten ins Irrenhaus, und man könne von keinem vernünftigen Menschen verlangen, sich der Lächerlichkeit preiszugeben, was geschähen würde, wenn man allen Spindeln Glauben schenken würde. Die Angriffe der Deutschnationalen gegen seine Person nannte Herr Severing eine Sammlung von Unwahrheiten, Schufstigkeiten und Lügen. Wer davon spreche, daß die Regierung nicht energisch genug vorgegangen sei, weil ja nur das „Bürgerpad“ bedroht gewesen wäre, der verdiene tatsächlich mit „Bürgerpad“ bezeichnet zu werden.

Die Rede Severings löste auf der rechten Seite des Hauses wahre Tobfuchtsfälle aus. Durch Zwischenrufe der linken Seite mußten sich die Reaktionen allerlei Liebeshauswörter lassen lassen. Die Kommunisten hatten aber an den Angriffen von rechts einen offensichtlichen Gefallen. Das ist kein Wunder, nachdem der Abgeordnete Eberlein am Tage vorher versichert hatte, die Deutschnationalen seien den Kommunisten die liebste Partei des Hauses. Mit den Kommunisten verfuhr Herr Severing verhältnismäßig gimplich, obwohl er ihnen ein reiches Sünderregister vorhielt. Er betonte insbesondere, daß die preussische Regierung über alle „geheimen“ Maßnahmen der Kommunisten genau informiert sei, und daß sich die Regierung auch mit aller Schärfe gegen die neue Aktion wenden würde, die die Kommunisten trotz der unheilvollen Niederlage schon wieder ankündigung. Große Bedrängnis entstand in den kommunistischen Reihen, als der Minister ein Schriftstück vorzeigte, in welchem die Vorbereitungen für eine neue kommunistische Aktion in Ostpreußen angeordnet werden. Der Abgeordnete Dr. Meyer versuchte, einige Einwände zu machen und die Echtheit des Schriftstücks anzuzweifeln. Er wurde aber still und erblaßte, als Herr Severing sagte, daß Herr Meyer das Schriftstück doch sehr gut kenne. Denn es stehe auch sein Name darunter.

Nach Severing sprachen die Kommunisten Dr. Meyer, Gesche und Franke, die die von ihrer Partei gestellten Anträge begründeten. Die Kommunisten operierten dabei so ungeschickt, daß es oft zu stürmischen Zwischenfällen

kam. Als Franken-Sollingen den in Mörns von einer fanatisierten Menge schwer mißhandelten Gewerkschaftsbeamten Zimmer als „elende Kreatur“ bezeichnete, erhoben sich die Rechtssozialisten, drängten nach dem Rednerpult und verhinderten den kommunistischen Redner auf Weiterreden. Die Sitzung wurde darauf auf eine Viertelstunde vertagt. Nach Wiederaufnahme der Debatte sprach Herr Franken vor leeren Bänken, denn alle Parteien des Hauses hatten den Saal verlassen.

Herr Franken hat mit seinem Ausdruck eine so niedrige Gesinnung dokumentiert, daß selbst ein Teil seiner Parteifreunde beschämt war und dem Redner keinerlei Unterstützung ließ. Der Gewerkschaftsbeamte Zimmer, der schwer verwundet auf dem Krankenlager liegt, ist ein Opfer kommunistischer Putschisten geworden. Fast noch roher als die Tat bestimmungslos fanatisierter ist die kalt überlegte Beschimpfung des Opfers durch einen Menschen, der sich damit die parlamentarischen Sporen verdienen zu können glaubt, und deshalb war es auch erklärlich, daß die Rechtssozialisten ihren Unwillen so deutlich zum Ausdruck brachten.

Es sprachen dann noch ein Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Gegen 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Sonnabend, mittags 12 Uhr.

### Keine Unterstützung der R. P. D.

Im preussischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Mißbilligung der Regierung eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen dreißig Unterschriften hatten, haben sie die Unabhängige Fraktion um Unterstützung ersucht. Unsere Fraktion hat dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt:

„Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der R. P. D. eine irgendwie geartete Unterstützung, und sei es auch nur durch Herausgabe von Unterschriften, zu gewähren.“

Die Stellungnahme unserer Partei zur Regierung und deren Maßnahmen bleibt davon unberührt.“

Die Arbeiter mögen verhungern! Die Deutschnationalen haben im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, das Preussische Staatsministerium solle bei der Reichsregierung auf baldmöglichste Aushebung der Beschränkung des gesamten Getreides hinwirken. Da diese Aushebung der Zwangswirtschaft die Vertheuerung des Brotpreises auf mindestens 15 M. bedeuten würde, so lassen die Agrarier mit diesem Antrage deutlich erkennen, daß es ihnen ganz gleichgültig ist, wenn die Masse der Bevölkerung bei solchen Preisen verhungern würde.

## Monarchismus in der Sipo

Verbot der Teilnahme von Beamten in Uniform an der Beisetzungsfeier der Kaiserin

Das Kommando der Sicherheitspolizei hat folgende Verordnung Severings der Dienststellen beauftragt:

„Der Herr Minister hat den Beamten der Schutzpolizei die Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten der früheren Kaiserin in Uniform der Schutzpolizei verboten. Ausnahmen sind die dienlich dorthin zur Absprechung kommandierten Beamten.“

Sonstige Teilnahme ist freigegeben, soweit die Beamten dienlich abkömmlich sind.“

Wir stimmen dem Minister durchaus zu und finden es vollkommen in der Ordnung, daß er die Teilnahme der Sicherheitsbeamten in Uniform an der Beerdigung verboten hat. Soweit die Beamten an der Feierlichkeit teilnehmen wollen, tun sie es als Privatpersonen und nicht als Beamte der Sicherheitspolizei.

Von Interesse ist jedoch der Anlaß, der zur Herausgabe dieser Verordnung führte. Angehängt bestand bei einer Anzahl Hundertschaften der Wunsche, geschlossen an der Beerdigung Augustesteilzunehmen. Dadurch kam es zu Erörterungen in dieser Frage im Ministerium des Innern und schließlich zur Verordnung des Ministers.

Es wird nun behauptet, daß dieser Erlaß in den Kreisen der Polizeibeamten eine nicht unerhebliche Verärgerung hervorgerufen habe. Es könnte nach unserer Meinung gar nichts schaden, wenn die Beamten, denen eine derartige Anordnung des Ministers nicht gefällt, die Reihen der Sicherheitspolizei verlassen würden. Solange sie sich innerhalb der Polizeitruppe befinden, solange es in der Sicherheitspolizei ganz Hundertschaften gibt, die irgendeinen nationalistischen Spektakel mit geschloffenen Aufmarsch in Uniform zu verschönern trachten, kann die Sicherheitspolizei nicht als eine für die Republik zuverlässige Polizeitruppe betrachtet werden. Es ist gut, daß ihr Charakter bei dieser Gelegenheit wieder einmal beleuchtet wird.

### Auch Hoenisch ergreift das Wort

Aus Anlaß des Ablebens der früheren Kaiserin gibt der preussische Kultusminister folgenden Erlaß bekannt, der auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums bereits im Dezember vorigen Jahres an die nachgeordneten Behörden gerichtet worden ist:

Es ist bei mir angefragt worden, wie sich die mit unterstellten Lehranstalten und Institute im Falle des Ablebens eines Mitgliedes des vormaligen Königshauses zu verhalten haben.

Bei voller Würdigung der persönlichen Gefühle, die ein solches Ereignis auslöst, bin ich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß nach Änderung der Staatsverfassung alle politische zu merkenden Veranstaltungen, wie offizielle Trauerfeiern, Schlußfeier, halbtägiger Trauer, aus einem solchen Anlaß zu unterlassen sind. Anstalten, zu denen die verordnete Persönlichkeit in besonderen Beziehungen gestanden hat, soll es unbenommen bleiben, ihres Protektors oder Wohlwärters in schlichten unpolitischen Trauerfeiern zu gedenken, doch darf auf Lehrer und Schüler keinerlei Rührung zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen ausgeübt werden.

Dieser Erlaß ergreift im Einverständnis mit dem Staatsministerium. Hoenisch.

Den Schulreaktionären gegenüber war eine solche Verfügung besonders notwendig, denn nach Mitteilungen, die uns zugegangen sind, waren bei manchen Schulen die Vorbereitungen zu Trauerfeiern bereits getroffen. Wir sind begierig, ob sie eingestrichelt werden, oder was denen geschieht, die gegen die obige Verordnung verstoßen.

Wie es bei anderen Behörden aussieht, zeigt nachstehendes Rundschreiben, das beim Reichspostministerium im Umlauf ist:

Es ist angefragt worden, anlässlich der Beerdigung der Kaiserin am Dienstag, den 19. April, durch eine Abordnung einen Kranz am Grab niederzulegen. Beiträge für die Beschaffung des Kranzes bitte hierunter zu vermerken:

Ges. Preuß. Geheimen Postrat.

Herr Ministerialamtmann Gerike, Zimmer 455, ist bereit, die gesammelten Beiträge entgegenzunehmen und den Kranz nach näherer Anweisung zu besorgen. Die Beiträge sind möglichst bald abzuführen.

Was denkt sich der Herr Postrat dabei?

## Ein Erholungsurlaub

Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt v. Simon hat einen längeren Erholungsurlaub angebeten. Die hier und da aufgetauchte Behauptung, er werde von diesem Urlaub auf seinen Posten nicht zurückkehren, wird zwar halbamtlich bestritten, aber ihre Unrichtigkeit ist damit noch nicht unbedingt erwiesen.

Daß Herr v. Simon sich gerade im gegenwärtigen Augenblick erholungsbedürftig fühlt, ist recht bemerkenswert. Er war an den bisherigen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsangelegenheit stark beteiligt und gehörte bekanntlich an sehr einflussreicher Stelle auch der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz an. Nun verläßt er in dem Moment Berlin, wo die Vorbereitungen zu neuen Verhandlungen eingeleitet sind!

Sollte da doch nicht am Ende die Krankheit auf gewisse politische Erwägungen zurückzuführen sein? Herr v. Simon gehörte zu denjenigen Beamten des Außenministeriums, die noch ganz kurz vor der Rückkehr des Herrn Simons aus der Schweiz den Standpunkt vertraten, daß Deutschland seinerlei Veranlassung habe, der Entente neue Vorschläge zu unterbreiten, und es ließe sich schon denken, daß die Sinnesänderung seines Ministers seine Gesundheit einigermaßen erschüttert hätte.

Jedenfalls gönnen wir Herrn v. Simon eine recht lange und gründliche Erholung, und wir gehen in unserer Menschenfreundlichkeit so weit, auch für einige seiner Kollegen einen recht ausgedehnten Urlaub zu befürworten.

## Sie schweigen noch

Das Echo auf Pausens Programmrede

Wir haben über Stadtschulrat Pausens öffentliches Auftreten und programmatische Darlegungen hier berichtet und nicht verschwiegen, daß wir seine Absichten billigen und zu seiner Laikhaftigkeit Vertrauen haben. Am Donnerstag hat er in der Stadtverordnetenversammlung seine Programmrede gehalten. Die bürgerliche Presse schweigt dazu im allgemeinen. Nur eine Zeilung des „Berliner Tageblattes“ läßt erkennen, daß die Schulreaktionäre Pausen gegenüber in einiger Verlegenheit sind. Auch sie können ihm die Achtung nicht verweigern, die ihm das liberale Blatt anwendend zubilligt, und da es in diesem Falle also mit dem üblichen Getöse und den üblichen Belandungen nicht geht, schweigt der Chor der Reaktion. Das „Berliner Tageblatt“ aber schreibt, im einzelnen ließe sich wohl manches gegen Pausens Ausführungen sagen, aber es fügt hinzu:

„Aber es wäre verfehlt, aus solchen Gegenständen im einzelnen den starken Reformwillen Pausens unterschätzen zu wollen. Die Achtung, die Pausen seinen sachlichen Gegnern zubilligt, wird ihm selbst gewiß nicht verweigert werden. Er ist ein starker Anreger, und solche Männer sind in der heutigen gährenden Zeit notwendig. Ob er sich auch zu einem tüchtigen Verwaltungsmann entwickeln wird, das muß abgewartet werden. Zunächst kommt es für ihn darauf an, die Auswahl seiner Mitarbeiter klug und geschickt zu treffen. Dafür wurde gestern der Weg frei gemacht.“

Velder lassen die diesen Sähen vorausgegangenen Ausführungen des Artikels über Pausens Rede die Vermutung aufkommen, daß der Berichterstatter des Blattes Pausens Absichten und den Sinn der Gemeinschaftsschule nicht ganz begriffen hat. Abgesehen von den Vorbehalten, die das „B.T.“ macht, bleibt also abzuwarten, ob selbst dieses Wohlwollen des demokratischen Organs von Dauer ist. Das „Berliner Tageblatt“ hat, wie wir erst jüngst andeuteten, gerade in schulpolitischen Fragen eine so bewegte Vergangenheit, daß ihm nicht recht zu trauen ist.

## Die Politik der Scharfmacher

Roske und Auguste

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ äußert sich in ihrer Nummer vom 17. April „Zur Lage“. Zur preussischen Regierungsbildung hat das Blatt „lachlich“ zu sagen, daß es den Herren Severing, Haenisch, Braun nachfühlen könne, daß sie wenig Neigung haben, ihr gutes Einkommen aus Staatsämtern auszugeben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ aber habe von dieser Sorte von Staatsmännern mehr als genug. Sie braucht als Minister und Beamte Leute, die nicht durch ihre politische Vergangenheit zur Rücksichtnahme auf verhehrte Wählermassen sich verpflichtet fühlen. Was nun wir wiederum der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ nachfühlen können, denn wir wissen, daß sie „Staatsdiener“ braucht, die einer Partei angehören, die sich ihren profitorientierten Geidgebern gegenüber verpflichtet fühlt. Von welchem Kaliber Minister sein müssen, um den Beifall des Scharfmacherorgans zu finden, zeigt folgende Bemerkung des Blattes:

„Von den sozialistischen Führern haben sich nur ganz wenige wie z. B. Roske und Winnig dazu durchgerungen, die Dinge sachlich zu betrachten.“

In der Beurteilung der Roske und Winnig stimmen wir völlig mit der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ überein, nur ließe sich die Liste noch ein wenig verlängern. Von anderen abgesehen, möchten wir das Scharfmacherblatt für den eventuellen Bedarfsfall noch an Herrn Wolfgang Heine erinnern. Auch diesen überläßt die deutsche Arbeiterpartei den organisierten Scharfmachern mit außerordentlichem Vergnügen.

In dem gleichen Artikel „Zur Lage“, und zwar an seiner Spitze, vergleicht die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Tränen über den Hingang der Auguste von Hohenzollern, die eine „wahrhaft edle Frau“ gewesen sei. Alle die ihr nahegestanden haben, seien ohne Ausnahme des Lobes und der Bewunderung voll über ihre vornehme Gesinnung und das Andenken an „das Muster einer deutschen Frau und einer deutschen Mutter“ werde bei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ haften bleiben.

Das ist nicht nur ein Akt menschlichen Gedankens dieser toten Frau gegenüber, sondern ein Bekenntnis zum Monarchismus. Roske und Auguste aber stehen für die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auf einer Stufe. Auch dagegen läßt sich nichts sagen.

Der Nestlenauswahl des Preussischen Landtages beschloß von der beachtetigsten Verabingung bis auf weiteres abzusehen. Die Beratung über die Urkunden in Mitteldeutschland wird voraussichtlich das Haus auch noch in der Sonnabend- und Montagssitzung beschließen. Eine Beratung dürfte erst in Frage kommen, wenn die Regierungsbildung zustande gekommen ist.

Das neue ungarische Ministerium ist in unserer gestrigen Aend- ausgabe ungenau wiedergegeben. Die neue Ministerliste, die der Reichsminister hat, besteht aus folgenden Männern: Ministerpräsident Graf Bethlen, Auswärtiges Graf Paus, Inneres Graf Kadany, Finanzen Hegedüs, Ackerbau Szabo Nagyatadi, Handel Hegyeszalm, Kultus Graf, Justiz Tomcsanyi, Landesverteidigung Welliska, Volkswirtschaft Bernolat, Ernährung Mayer. Das Ministerium der nationalen Minderheiten wird durch den Außenminister, das Kleinlandwirtschaftsministerium durch den Ackerbauminister geführt.

# Rüstet zur Maidemonstration!

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Am 1. Mai demonstrieren die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft aller Länder

- gegen die Gewalttaten des Entente-Imperialismus,
- gegen den kulturfremden Militarismus,
- gegen die Rüstkungen zu neuen Kriegen,
- gegen die Vergewaltigung und Versklavung des Proletariats durch den internationalen Kapitalismus,
- für Beseitigung der Gewaltfriedensverträge,
- für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
- für den Weltfrieden,
- für die Befreiung aller Ausgebeuteten und Gefährdeten durch den Sozialismus.

Die Berliner Arbeiterschaft der U. S. P. D. demonstriert am 1. Mai, vormittags 11 Uhr

## im Lustgarten.

Gewinninnen und Gewinnen, trifft alle Vorbereitungen, um die Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration für den internationalen Kampf zur Durchführung des Sozialismus zu gestalten.

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

## Jugendwohlfahrtsgesetz

### Ausnahmegesetze gegen Jugendliche

Der vom Reichstag zur Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes eingeleitete Ausschuss begann gestern mit seiner Beratung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Gen. Rosenfeld: Der Ausschuss möge die Reichsregierung ersuchen, die Gerichtsbarkeit der Ausnahmegesetze über Jugendliche aufzuheben. Wenn die Jugendfachverständigen aller Reichslagesektionen zu einer Besprechung über die Jugendwohlfahrt zusammenkommen, können sie unendlich hilfreich darauf vorübergehen, daß durch die Beförderung des Reichspräsidenten auch Jugendliche vor die Ausnahmegesetze gestellt

### Jugendliche vor die Ausnahmegesetze gestellt

sind. In jahrelanger Arbeit ist endlich eine besondere Organisation der Jugendgerichte aufgebaut. Diese wird durch die oberlinische Verordnung gefördert. Eine solche Verordnung muß aufgehoben werden. Abg. Rumm (Dn.): Ich erhebe gegen die Beratung des Antrages Rosenfeld Einspruch. Frau Reichhaus (Zentrum): Es besteht eine starke Strömung, Jugendliche überhaupt nicht vor den Strafstrich zu stellen. Diese Bewegung würde wir stören, wenn wir jetzt nur fordern, daß die Jugendlichen wieder wie früher vor Jugendrichtern gestellt werden. Gen. Rosenfeld: Herr Rumm spielt sich immer als Beschützer der Jugend auf. Hier müssen ihm formale Gesichtspunkte herhalten, um den Schatz der Jugend vor den Ausnahmegesetzen abzuwehren. Auch wir unterstützen das Bestreben, die Jugendlichen überhaupt nicht vor den Strafstrich zu stellen. Dies ist aber in diesem Augenblick nicht zu erreichen, dringend notwendig und sofort durchführbar ist aber der Schatz der Jugendlichen wenigstens vor den Ausnahmegesetzen. Dr. Kuntel (D. P.): Nach der Geschäftsordnung dürfen wir uns nur mit der Gesetzesvorlage befassen, die uns überwiesen ist. Ich lehne den Antrag Rosenfeld ab. Gen. Rosenfeld: In dieser für die Jugend so wichtigen Frage dürfen wir nicht so formale Gesichtspunkte entfehlen lassen. Tag für Tag füllen die Ausnahmegesetze Urteile gegen Jugendliche. Dagegen muß der Ausschuss sofort Stellung nehmen. Genemann (D. P.): Wenn der Reichstag zusammentritt, wird, ist Zeit genug, über diese Dinge zu sprechen. (!!!) Frau Reichhaus (Zentrum): Wir wünschen, daß jeder Schritt getan wird, der dazu führt, die bedrohte Jugend sofort wieder den Jugendgerichten zuzuführen. Frau Zettin (Komm.): Formell haben wir nicht den Auftrag, zu den Ausnahmegesetzen Stellung zu nehmen, aber moralisch ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, zu fordern, daß die Jugendlichen den Ausnahmegesetzen entzogen wird. Gen. Rosenfeld: Wenn die Herren von den bürgerlichen Fraktionen sich vom nationalen Standpunkt aus für eine Angelegenheit interessieren würden, so würden sie gewiß keine Kompetenzschwierigkeiten machen. Hier aber erheben sie Einspruch, obwohl Jugendliche jeden Tag vor den Ausnahmegesetzen stehen und Schleuniges Einzelnen notwendig ist.

Abg. Marx (Zentrum): Die Reichsregierung müßte doch erst Nachricht erhalten, daß wir zu den Ausnahmegesetzen Stellung nehmen wollen. Wir müssen auch erst durch Sachverständige unterrichtet werden, wenn wir diese Frage erörtern wollen. Gen. Rosenfeld: Zur Beurteilung dieser Angelegenheit braucht man nur die oberlinische Verordnung zu lesen und etwas Liebe für die Jugend

zu besitzen. Wenn Sie noch mehr Aufklärung haben wollen, so sind das nur Ausreden. Im übrigen ist ja der Herr Unterrichtsminister Schulz hier, er kennt die Materie und brennt gewiß darauf, gegen die Verordnung des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Unterrichtsminister Schulz (Reinrich Schulz): Ich bin Vertreter der Reichsregierung und habe kein Recht, zu der Sache Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss beschloß alsdann, gegen unsere Stimmen, sowie die der Mehrheitssozialdemokraten und der Kommunisten, den Antrag Rosenfeld nicht zuzulassen. Darauf trat der Ausschuss in die Generaldebatte ein.

Abg. Rumm (Dn.): Mit vollem Recht zeigt

der Gesetzesentwurf über die Reichsjugendwohlfahrt eine gewisse Resignation. Ein alle Jugendfragen umfassendes Gesetzbuch zu schaffen, ist schlicht und durchführbar. Das Gesetz muß aber die Familie mehr in den Mittelpunkt stellen. Sie muß gefördert werden. Vertreter der bayerischen Regierung: Das Gesetz erfordert zu viel Kosten, noch dazu für Aufgaben, die man als Staat unwirtschaftlich bezeichnen muß. Die bayer. Regierung stimmt deshalb dem Gesetz nicht zu, auch nicht in der Fassung der Reichsvorlage. Unterrichtsminister Schulz: Die Reichsregierung hält das Gesetz für lebensnotwendig. Feuer (D. P.): Das Gesetz ist eine Halbheit. Unterrichtsminister Schulz: Das Gesetz entspricht allerdings nicht allen Forderungen einer idealen Jugendpflege. Das Jugendgerichtsbareitsgesetz liegt bereits dem Reichsrat vor, ein Lehrerbildungsgesetz, ein Berufsschulengesetz, ein Kindererziehungs- und ein Schulgesetz sind in Vorbereitung. Kuntel (Dn.): 50 Millionen sind für dieses Gesetz unzulänglich. Mindestens 200 Millionen müssen zur Verfügung gestellt werden. Die ganze Organisation ist zu bürokratisch aufgebaut. Gen. Rosenfeld: Die bayer. Regierung treibt mit ihrem Recht zum Einspruch gegen Gesetzesvorhaben Mißbrauch, so daß dieser Einspruch mit der Zeit keinen Eindruck mehr macht.

50 Millionen sind viel zu wenig.

Wir fordern das Jenseits. So lange die Reichsregierung für zu überflüssige Dinge wie die Reichswehr und den Kreuzer Geld zur Verfügung hat, kann für die Jugendwohlfahrt kein Geld abgelehnt werden. Das Gesetz muß einen ganz anderen Charakter erhalten. Die Erziehungsfrage ist eine eminent wichtige Frage der Öffentlichkeit geworden. Alle Jugendfürsorge kann nur Bedeutung haben, wenn sie nicht als Schulnahrung bedacht ist, sondern allgemein erzieherische Grundlagen gibt. Es

müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen die Jugend findet, was sie in der Familie nicht mehr hat. Gesetze können die Familie weder erhalten noch zerstören. Der Familienverband ist durch die wirtschaftliche Entwicklung zerbröckelt. Die Familie ist heute keine Arbeitsgemeinschaft mehr. Die Jugend muß die Möglichkeit haben, an der Arbeit in der Jugendgemeinschaft zu arbeiten. Die Frage der unehelichen Kinder muß in das Gesetz aufgenommen werden. Der Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern erlosch beseitigt werden. Auch ohne die Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung und Schutzauflage muß eine Fürsorge des Staates eintreten können. Die Überleitung aus der Fürsorgeerziehung in die freie Gesellschaft muß gesetzlich geregelt werden. Frau Reichhaus (Zentrum): Reichsgerichtliche Regelung der Jugendfürsorge ist notwendig. Die Scheidung von ehelichen und unehelichen Kindern muß aufrechterhalten bleiben. Frau Reichhaus (Zentrum): Eine im sittlichen und wirtschaftlichen Fundament gesunde Familie kann durch das Gesetz nicht gefährdet werden. Selbst nicht durch ein gelegentliches Dreitenden des Jugendamtes. In der Spitze der Jugendämter dürfen

### keine Paragrafenschemata

haben. Frau Zettin (Komm.): Die Familie verfährt heute gegenüber dem Rechtsanspruch des Kindes. Auch wir möchten die Familie als einen Träger der Erziehung sehen, soweit die Familie eine sittliche Einheit ist, die das Kind zu erziehen vermag. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen hat aber die Familie in der letzten Zeit etwas verloren. Früher lag die Familie aus der produktiven Tätigkeit von Mann und Frau ihre große erzieherische Kraft, heute ist die Familie keine produktive erzieherische Kraft, heute ist die Familie keine produktive Einheit mehr, sondern in der Mehrzahl der Fälle nur eine konsumierende Einheit. Beweis ist in großen Kreisen der Bevölkerung diese erzieherische Kraft der Familie verloren gegangen. Das Gesetz geht nicht weit genug! Der erzieherische Wert der Familie ist nicht nur in der Arbeiterklasse verloren gegangen, sondern vielleicht in weit höherem Maße bei den oberen Tausenden. Unsoziale Elemente sind alle, die leben, genießen, vergaßen, ohne durch eigene Arbeit etwas zu leisten. Ein Vertreter der Reichsanwaltschaft: 50 Millionen ist das Höchstmaß, was das Reich auszubringen vermag. Die Finanzfrage muß auch unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, welchen Eindruck es auf die Entente machen wird, wenn Deutschland noch mehr Geld für die Jugendfürsorge ausgibt. Kuntel (D. P.): Wir wollen die Familien- und nicht, wie die Sozialisten und die Kommunisten, eine sozialistische Erziehung.

## Beamtenschaft und Wirtschaftspolitik

Ueber die künftige Stellung des Deutschen Beamtenbundes zur Wirtschaftspolitik hat die Bundesauschussung anfangs März auf Grund eines Vortrags des Bundesdirektors Dr. Böller über „Beamtenstand und Wirtschaft“ folgende Beschlüsse angenommen: Die Beamtenwirtschaft ist ein Teil der Volkswirtschaft. Klare Beamtenwirtschaftspolitik bedingt daher auch die Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik. Nichtungeschieden für die Stellungnahme der Beamtenvereinigungen zur Wirtschaftspolitik ist die Lage der Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher. Der Deutsche Beamtenbund vertritt daher den Standpunkt, daß der Beamte als berufsmäßiger Diener der Gesamtheit in der Wirtschaftspolitik stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzustellen hat. Entsprechend diesen Grundgedanken wird der Deutsche Beamtenbund gemäß seiner parteipolitisch neutralen Organisationsgrundlage unabhängig von allen parteipolitischen Gesichtspunkten zu den für die Beamten wesentlichen Wirtschaftsfragen Stellung nehmen.

Diese Entschloßung ist merkwürdig widerspruchsvoll. Als Konsumenten sind die Beamten insofern ihrer großen Zahl nach bedeutend, daß alle wirtschaftlichen Vorgänge zu den für die Beamten wesentlichen Wirtschaftsfragen gehören dürfen. Soll den Beamten bei der Wahrung ihres Konsumenteninteresses sowie als berufsmäßiger Diener der Gesamtheit in der Wirtschaftspolitik stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen (der Kapitalisten — denn um sie kann es sich nur handeln) voranzustellen, so kann er das nur in enger Interessen- und Ideengemeinschaft mit der sozialistischen Arbeiter- und Angestellten- und mit Hilfe einer Wirtschaftspolitik, deren Ziel die sozialistische Wirtschaft ist. Ist das so schwer zu begreifen?

Also wozu die angestrichelte Betonung der Unabhängigkeit von allen parteipolitischen Gesichtspunkten? Und wie ist überhaupt Wirtschaftspolitik ohne parteipolitische Gesichtspunkte möglich?

## Rückzahlung von Rassenbeiträgen

Die Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionskassen vom 30. März 1921, über die wir schon berichtet, ist im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Sie hat damit Rechtskraft erhalten. Diese Verordnung betrifft private Fabriks-, Betriebs-, Firmen-, Haus-, Verwaltungs-, Seemannspensionskassen oder ähnliche private Pensionskassen. Sie bestimmt, daß Arbeitnehmer, welche in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1919 bei einem privaten Betriebe oder dergleichen in Arbeit traten und durch den Arbeits- oder Dienstvertrag oder durch eine dort bestehende Übung einer Pensionskasse beitreten mußten, einen Anspruch auf Rückgewähr der nach dem 1. August 1914 aus eigenen Mitteln gezahlten tausenden Beträge, Eintrittsgelder usw. haben, wenn das Ausscheiden aus der Beschäftigung und der Versicherung zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Dezember 1919 erfolgt ist. Solchen Versicherten, die schon vor dem 1. August 1914 in das Arbeits- und Versicherungsverhältnis eingetreten und zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Dezember 1919 wieder ausgeschieden sind, sind die entsprechenden nach dem 1. August 1914 geleisteten Leistungen zurückzuerhalten. Bereits empfangene Abgangsvergütungen müssen sich die Versicherten in beiden Fällen auf die Rückzahlung anrechnen lassen.

Anträge auf Rückgewähr sind spätestens binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung bei der Pensionskasse oder dem zuständigen Arbeitgeber zu stellen. Weitere Einzelheiten sind in der im Reichsgesetzblatt 37 S. 369 abgedruckten Verordnung zu ersehen.

## Gerichtliche Einfalt

Auf den Einspruch der „Roten Fahne“ wegen der Beschlagnahme von Maschinen teilen beim Amtsgericht Berlin-Mitte, ist folgendes Urteil verhängt worden, das wir wörtlich wiedergeben:

### Beschluß!

In der Ermittlungssache gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ Schölen, wird die Beschlagnahme des Staatsanwalts bei dem außerordentlichen Gericht beim Landgericht I Berlin betreffend die Rotationsmaschine bestätigt, da sie zur Begehung eines versuchten Verbrechens gedient und bestimmt ist, und demgemäß ihre Einziehung möglich erscheint sie auch als Verweismittel in Frage kommt.

as. Nicolai.

Der Herr Staatsanwalt Jäger scheint demnach Richter gefunden zu haben, die ebenso geringe Kenntnis der deutschen Sprache haben, wie er Kenntnis der Gehe.

An unserer Meinung, daß das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ungeleglich ist, kann auch dieser Beschluß nichts ändern. Es bleibt auch dabei, daß die Welt mit viel mehr Einfalt registriert wird, als mit Verstand.

## Die Hege gegen Kasparek

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die bürgerliche Presse das Kesselreiben gegen Sengerling und Hörling auch auf die sozialistischen Landräte ausgedehnt, die im mitteldeutschen Gebiet ihres Amtes warten. Am größten ist die Hege gegen den unabhängigen Landrat Kasparek in Sangerhausen. Die bürgerlichen und die kommunalistischen Kreisauschmittglieder haben jetzt sogar die Zustimmung mit Kasparek abgelehnt. Aber gerade die Tatsache, daß die Gegnerschaft von rechts und von links kommt, zeigt, wie unbegründet die Angriffe der Rechtsparteien gegen Kasparek sind.

Am Freitag erschienen im Landratsamt in Sangerhausen ein Beamter der Staatsanwaltschaft in Nordhausen, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, die angeblich wegen Verdachts der Teilnahme Kaspareks an hochverräterischen Unternehmungen und Ausfuhr notwendig sei. Selbstverständlich hat Kasparek sich diesen unzulässigen Eingriff mit dem Erfolg, daß die Beamten wieder abrückten. Beschwerde über dieses unerhörte Verhalten ist beim preussischen Justiz- und bei dem preussischen Innenminister eingeleitet worden.

Im Gegensatz zu diesem Verhalten der Staatsanwaltschaft aber steht die Tatsache, daß sie bisher auf den Strafantrag Kaspareks gegen die bürgerlichen Zeitungen noch nichts unternommen hat. In einer dieser Zeitungen war z. B. behauptet worden, Kasparek habe bei den Wahlen in einem Orte erstickt, wenn die Wahlen blühen, dann würden auch dort die Maschinen gemehrt knistern und die Geschütze donnern. Kasparek ist aber an jenem Tage in einem ganz andern Orte gestorben.

Daß die Hege gegen Kasparek nur der Versuch der bürgerlichen ist, einen ihnen unheimlichen Menschen aus seinem Amte zu entfernen, geht wohl zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß noch in dem letzten Provinzialparlament der Oberpräsident Häring erklärte, daß sich in der Volkshauszeit in ganz Sangerhausen nur ein einziger Mann korrekt benommen habe, nämlich der Landrat Kasparek.

## Römische Käuze

### Der Hochverrat des Prinzen Max und der Volksbeauftragten

Ein Frankfurter Rechtsanwalt Namens Ebenau hatte den sonderbaren Einfall, gegen den Prinzen Max von Baden und die fünf Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth eine Anzeige wegen Hochverrats zu erstatten. Den Hochverrat des Prinzen Max erblickte Ebenau in der amtlichen Bekanntmachung vom 9. November 1918, worin die Thronbesteigung Wilhelms mitgeteilt wird, obwohl eine Abdankungserklärung zu jener Zeit noch nicht vorlag. Und daß Prinz Max dann die Geschäfte des Reichskanzlers an Freiherr Ebert übertragen habe, stelle eine gewaltsame Änderung der Reichsverfassung und demnach Hochverrat (§§ 81 und 82 des St. G.) dar. Dieses Beschuldigung hatte Ebenau gegen Ebert, Scheidemann, Landsberg und Dittmann erhoben und gegen Emil Barth stellte er außerdem den Strafantrag, weil er durch Organisation und Leitung der Revolution in Berlin den gewalttätigen Sturz des Reiches vorbereitet und durchgeführt hat.

So schrullenhaft diese Strafanzeige Ebenaus ist, so mutet doch die Begründung der Ablehnung des Strafantrages durch den Oberreichsanwalt fast noch sonderbarer an. Der Oberreichsanwalt führt nämlich aus, daß die Tat der Beschuldigten, die eine politische ist, durch die Amnestie der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 einer strafrechtlichen Verfolgung entzogen sei. Und das Reichsgericht, an das sich Ebenau beschwerdeführend gewandt hatte, schloß sich dieser Auffassung an. — Also, ohne die Amnestie der Volksbeauftragten wäre der Oberreichsanwalt eingeschritten. Das heißt, die Amnestie existiert für den Oberreichsanwalt, denn sie ist eine juristische Angelegenheit. Die Revolution aber, und das darauf begründete historische und politische Recht, findet sich nicht in seinen Akten. Glänzend!

## Schadenerfolg für Revolutionsfolgen

### Eine unglaubliche Geschichte

Aus Braunschweig wird gemeldet: Die Mühlenbauernma Amme, Giesels u. Konegen, A.G., hat an den braunschweigischen Staat eine Forderung von ca. 6 1/2 Millionen Mark gerichtet, als Gehalt für den Schaden, der ihr durch Abschaffung der Weidgerechtigkeit und Einführung der Lohnarbeit unter den Volksbeauftragten im Jahre 1919 erwachsen ist. Das Reichsgericht hatte seinerzeit die Schadenersatzpflicht des Staates anerkannt.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll. Eine ganze Geschichte ist erfüllt und gekennzeichnet vom Raub der Proleten am Vermögen und an der Arbeitskraft des Volkes, und nun, da keine Eingriffe einer revolutionären Staatsgewalt die Aneignung dieser Güter in bescheidenem Umfang einschränken, hat diese Sippschaft die Freiheit, Schadenersatz zu fordern. Es kennzeichnet die politische Situation, daß sie den Mut haben, mit solchen Ansprüchen hervorzutreten, und es beleuchtet die geltenden Rechtsbegriffe, daß das Reichsgericht die Ersatzpflicht des Staates anerkennt. Bitterkeit auf Grund des Tumultschadengesetzes?

Demnach wird dieses hohe Gremium den sieben Goll anklagen, weil der Bliz eingeschlagen hat.

Papierpreiserhöhung und Reichstag. In der Sitzung des Versteherausschusses des Reichstages hat Reichspräsident Ebert den Vorschlag gemacht, sofort beim Zusammenkommen des Parlaments eine internationale Konferenz von Abgeordneten aller Parteien zur Besprechung über die Frage der Papierpreiserhöhung, gemeinsam mit den Organisationen der Zeitungsbesitzer abzuhalten. Der Vorschlag ist von allen Parteien gebilligt worden.

Eine Fremdensteuer in Frankreich. In der Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Besteuerung der Fremden verlangt. Das Ereignis dieser Steuer soll zur Erhaltung der Sehwürdigkeiten Verwendung finden.

Die englische Arbeitslosigkeit. Am 8. April betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1 615 000. Das bedeutet eine Steigerung um 100 000 gegenüber der Vorwoche. 897 000 Arbeiter sind ferner bei verkürzter Arbeitszeit tätig.

Neue Regierung in Finnland. Der finnische Staatspräsident ernannte folgende Regierung: Wenoja Ministerpräsident, Holsti Außenminister, Kari Finanzen, Rissanen Justizminister, Dr. Deimo Helminen Justiz, Bullinen Verkehr, Oberst Hämäläinen Krieg, Piikka Kultus, Ingenieur Mattson Handel, Joulavainen Sozialen, Kallio Landwirtschaft mit Kuitanen als Gehilfen. Letztere drei und Bullinen gehören der Bauernpartei an, die übrigen der Fortschrittspartei.



# STEIN'S billige Volkstage Warenhaus

Chausseestr. 70/71

- Blusen-Flanelle mit M. 9.85
- Dirndl-Crepon M. 12.85
- Kleider-Dirndl M. 17.80
- Blonden-Bauchband mit M. 9.65
- Herden-Tuch mit M. 7.40

Ein Waggon Emaillewaren

## Billige Lebensmittel

- ### Ein Waggon Porzellan mit kleinen Feßtern
- Teller weiss ... Stück 95 Pf. 2<sup>25</sup> 2<sup>95</sup>  
 Teller mit Goldband und Linie ... Stück 2<sup>95</sup> 4<sup>25</sup> 5<sup>95</sup>  
 Teller mit kobaltblauem Rand ... Stück 2<sup>95</sup> 4<sup>95</sup> 6<sup>25</sup>  
 Tafelservice mit Goldband und Linie für 6 Personen 355<sup>00</sup> für 12 Personen 595<sup>00</sup>  
 Tassen verschiedene Formen mit Goldband ... Paar 2<sup>95</sup>  
 Kaffeesevice dekoriert für 6 Personen ... 55<sup>00</sup> 85<sup>00</sup>  
 Kaffeesevice Iris mit Gold für 3 Personen ... 23<sup>00</sup>  
 Milchtöpfe bunt ... Satz 6 Stück 15<sup>00</sup>  
 Butterglocken bunt ... Stück 9<sup>00</sup> 10<sup>00</sup>  
 Korbsessel 95<sup>00</sup> Henkelkörbe (bemalt) 19<sup>75</sup>  
 Liegestühle 35<sup>00</sup> Hängematten (Blad-faden) 24<sup>00</sup>

- ### Ein Posten Strümpfe
- Damen-Strümpfe englisch lang, schwarz, leder 5<sup>90</sup>  
 Herren-Socken farbig, schwarz, leder ... Paar 5<sup>90</sup>  
 Kinder-Söckchen 1-2 3<sup>95</sup> 3-4 4<sup>45</sup> 4-5 4<sup>95</sup> 5-6 5<sup>45</sup>  
 Kinder-Strümpfe englisch lang ... 9<sup>95</sup> 7<sup>95</sup> 5<sup>95</sup>

- ### Schuhwaren Tapiserie
- Schnürschuhe 87<sup>00</sup> Besenstich 27<sup>50</sup>  
 Stiefel Hochschuh mit Lackbein 169<sup>00</sup> Handtuch 17<sup>90</sup>  
 Herr.-Stief. schwarz 98<sup>00</sup> Tischdecke 19<sup>90</sup>  
 Herr.-Stief. braun 198<sup>00</sup> Kissen wein, gute Qualität 17<sup>50</sup>  
 Halbschuhe braun 158<sup>00</sup> Taschen für Einkauf, Nylon 17<sup>50</sup>  
 Kinderstiefel braun 39<sup>50</sup> Tasche f. Topflappen, gestrichelt 3<sup>95</sup>

- ### Verschiedenes
- Haarnetze aus natürl. Haar, Hauben ... Stück 1<sup>65</sup>  
 Haarnetze aus natürl. Haar, 40/40 ... Stück 2<sup>45</sup>  
 Reinseid. Taffetband schwarz und farbig, 8 cm breit ... 5<sup>95</sup>  
 Stickerei ca. 30 cm breit, für Unterröcke ... Meter 7<sup>95</sup>  
 Kinder-Garnituren weiss mit Spitze ... 1<sup>75</sup>  
 Elegante Krage für Blusen u. Jacken ... 1<sup>95</sup> 2<sup>95</sup>  
 Moderne Schleier schwarz u. farbig, Abschnitt 1 1/2, Mtr. 3<sup>95</sup>

- Salamiwurst (Dauerware) Pfd. 21<sup>00</sup>  
 Cervelatwurst (Dauerware) Pfd. 20<sup>00</sup>  
 Berliner Leberwurst Pfd. 14<sup>00</sup>  
 Mettwurst nach Braunschweig Art ... Pfd. 20<sup>00</sup>  
 Schweineschmalz garantiert rein, Pfd. 9<sup>90</sup>  
 Margarine ... Pfd. 7<sup>90</sup>  
 Kond. Magermilch gesüßte Dose 3<sup>40</sup>
- Vollmilch (Ideal) ... Dose 4<sup>90</sup>  
 Gebrannt. Kaffee 1/2 Pfd. 4<sup>50</sup>  
 Marmelade ... Pfund-Glas 3<sup>10</sup>  
 Haferflocken ... Pfd. 2<sup>20</sup>  
 Backpflaumen ... Pfd. 4<sup>10</sup>  
 Vollreis ... Pfd. 2<sup>20</sup>  
 Tilsiter Käse ... Pfd. 5<sup>90</sup>

- ### Wirtschaft
- 2 vernickelte Gasplätteln mit Erhitze ... 65<sup>00</sup>  
 1 Ringständer m. Messingfuß 7<sup>50</sup>  
 1 Waschbrett mit Zink einlage 5<sup>50</sup>  
 Balkonkästen grün 4, 6, 8, 10 ... 15<sup>80</sup>  
 do. Handfeger ... 7<sup>75</sup>  
 Kokosbesen ... 10<sup>90</sup>  
 Schrubber ... 2<sup>95</sup> 4<sup>75</sup>  
 Möbelklopper ... 7<sup>90</sup>
- Gasglocken ... 3<sup>35</sup> bis 5<sup>75</sup>  
 Brotschneide-Maschine ... 3<sup>90</sup>  
 Leitungsschoner Delft ... 9<sup>90</sup>  
 Kleiderbügel ... 60, 75 Pf.  
 Patent-Kleiderbügel ... 3<sup>95</sup>  
 Alpaka-Eßlöffel ... 6<sup>80</sup>  
 Alpaka-Kaffeelöffel ... 4<sup>95</sup>  
 Aluminium-Eßlöffel ... 1<sup>20</sup>  
 Alumin.-Kaffeelöffel 95 Pf.

- ### Konfektion
- Sommermantel farb. Ergon ... 158<sup>00</sup>  
 Sommermantel schwarz-weiß ... 375<sup>00</sup>  
 Sportjacke Trikotgewebe ... 89<sup>00</sup>  
 Strickjacke beste Seide, wundervolle Farben ... 198<sup>00</sup>  
 Seidenmantel imprägniert, viele Farben ... 395<sup>00</sup>
- Wäschkleid bestickter Stoff, m. Handtasche ... 39<sup>00</sup>  
 Mantelkleid schwarz-weiß, oben u. gestickt ... 115<sup>00</sup>  
 Oberhemdbluse gestrichter Flanell ... 29<sup>00</sup>  
 Kleiderrock feiner Stoff ... 19<sup>00</sup>  
 Unterrock gestrichter Wäschstoff ... 29<sup>00</sup>

- ### Baumw.-Waren
- Handtuchstoffe 48 cm br. 975 ... 5<sup>90</sup>  
 Züchen ... Meter 16<sup>50</sup>  
 Linon 20/20 am breit ... Meter 12<sup>90</sup>  
 Inlett Klassenbreite ... Meter 34<sup>50</sup>  
 Laken 2 Meter lang ... Stück 68<sup>00</sup>
- ### Gardinen
- Gardinen v. Stück Mtr. 6<sup>75</sup>  
 Gardinenmull 90 cm breit ... Meter 9<sup>90</sup>  
 Künstlergardinen druck ... 95<sup>00</sup>  
 Bettdecke für 2 Betten ... 50<sup>00</sup>  
 Küchendecke Linoleum ... 22<sup>50</sup>

- Glasvasen 20 cm 2<sup>95</sup> Seife ... 5<sup>50</sup> Oberschalseife ... 4<sup>50</sup>  
 Rahmen ... 2<sup>95</sup> Soda ... 1<sup>85</sup> Leder-Portomann ... 6<sup>50</sup>  
 Etwas für Schüler ... 12<sup>00</sup> Blitzblank ... 0<sup>40</sup> Leder-Goldschmelz ... 9<sup>50</sup>  
 Schreibhefte ... 10<sup>00</sup> Lederschwämme ... 0<sup>75</sup> Leder-Broschur ... 27<sup>00</sup>

- ### Ein Waggon Emaillewaren mit kleinen Feßtern
- Schmortöpfe ohne Ring, 5 Größen ... von 6<sup>75</sup> bis 14<sup>25</sup>  
 Schmörtöpfe mit Ring, 5 Größen ... von 8<sup>75</sup> bis 17<sup>50</sup>  
 Kasserollen ohne Ring, 6 Größen ... von 2<sup>75</sup> bis 7<sup>95</sup>  
 Kasserollen mit Ring, 5 Größen ... von 6<sup>25</sup> bis 11<sup>95</sup>  
 Wasserkessel ohne Abzug, 3 Größen ... von 8<sup>95</sup> bis 14<sup>95</sup>  
 Kaffeekannen 5 Größen ... von 3<sup>75</sup> bis 6<sup>25</sup>  
 Waschbecken mit Selbstabspül. ... Stück 7<sup>90</sup> 9<sup>00</sup>  
 Nachtgeschirre 3 Größen ... Stück 4<sup>25</sup> 5<sup>95</sup> 6<sup>95</sup>  
 Schöpflöffel ... Stück 2<sup>95</sup>  
 Schaumlöffel ... Stück 1<sup>75</sup>
- Tassen ... 1<sup>95</sup> Waschbecken ... 23<sup>00</sup>  
 Salats ... 21<sup>00</sup> Wasserkanne ... 15<sup>00</sup>

- ### 1 Posten Wascheffte
- Crépon gute Qualität, in allen Farben ... 11<sup>00</sup>  
 Schweizer Punkt-Wafl ...  
 Wasch-Musselin Punkt und Streifen ...  
 Gestickte Batiste ...  
 Zephir ...

- ### Wäsche
- Damen-Hemden ...  
 Beinleider ...  
 Untertaill. ...  
 Korsette ...  
 Dam.-Schürzen ...
- ### Trikotagen
- Mako-Hemden ...  
 Mako-Hosen ...  
 Schläpfer ...  
 Korsettschoner ...  
 Trikot-Untertailen ...  
 Blusenschoner ...  
 Taschenmesser ...  
 Taschentücher ...  
 Taschentücher ...  
 Hosenträger ...  
 Sportkragen ...

### Theater und Vergnügungen

**Volkshöhne**  
 Dir.: Das Volkst  
 Die Komödie der Jünglinge

**Neues Volkstheater**  
 Regie: E. B. B.  
 Hofe Bernd

**Deutsches Theater**  
 Dir.: E. B. B.  
 Kammerstücke

**Großes Schauspielhaus**  
 Dir.: Der Kaufmann von Venedig

**Königräger Str.:**  
 Rugby

**Komödienhaus:**  
 Die Sache mit Lola

**Berliner Theater:**  
 DAS MILLIARDEN SOUPÉ

**Theater am Rottendorplatz**  
 7 Uhr  
**Der Vetter aus Dingsda**

**Walhalla-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Fledermaus**

**Cafino-Theater**  
 8 1/2 Uhr  
**Bollrich & Sohn**

**Jolles Caprice**  
 am Operntheater

**7 1/2 Apollotheater**  
 Friedrichstraße 218  
 Gastspiel der Wiener Komiker

**Trianon-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Rosen**

**Kleines Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Calanovas Sohn**

**Komische Op.**  
 Wäldenbühn 7 1/2 Uhr  
**Euderchen**

**Rose-Theater**  
 Sum 1. Male  
**Im Café Noblesse**

**Thalia-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Mascottchen**

**12 Schläger**

**Residenz-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Das Privileg**

**Theater a. Kottb. To.**  
 Tel. Moritzplatz 160 77  
 Tägl. 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
**Sonntag**  
 Täglich 3 Uhr  
**Elle-Sänger**  
 Hervorragendes April-Fest-Programm  
 Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr

**Königstadt-Theater**  
 Nitzenderstraße 21  
**Gloria-Sänger**  
 3 Uhr 2 Vorstellungen 7 30  
 Nachmittags 1 Kind frei!

**Residenz-Kasino**  
 Blumenstraße 10  
 Täglich  
**BALL**

**Zeichfeldstecher**  
 6. und 8. Hof, kauft ständig  
 N. Stockmann,  
 Berlin W 9, Potsdamer Str. 135  
 Tel. 9299.

**Briefmarken**  
 kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
 Zugang p. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 108 21

**Gemeinnützige Bau- und Betriebs-Genossenschaft für Groß-Berlin**  
 m. b. H.

**Ordentliche General-Versammlung**  
 am Sonnabend, den 23. April 1921, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Sophien-Reals-Gymnasiums, Berlin C. 54, Steinstraße 31/34.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.  
 2. Beschlußfassung über Verwertung des Reingewinns (Gen. § 56).  
 3. Statutenänderung.  
 4. Wahl des Vorstandes.  
 Der Vorsitzende:  
 Friedrich Cohn, Vorsitzender.

**U.S.P.D. Bezirk Plauen**  
 Wir laden Sie unter in Plauen zu erziehendes Sekretariat einen tüchtigen  
**Parteisekretär**  
 der in organisatorischer u. administrativer Beziehung Erfahrung und Fähigkeiten besitzt. Bewerber über hiesiger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis zum 23. April an Feig Wudta, Plauen (Sachl.), Parkstraße 13, zu richten.

**Garderobe**  
 auf bequemste Teilzahlung  
**HERREN-DAMEN-**  
 Anzüge, Hosen, Peloteis, Kostüme, Paletots, Ulster, Röcke, Kleider.  
 Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.  
**M. Beiser, Lohriner Str. 67.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Nachruf.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:  
 Der Werkzeigmacher **Willy Brosius**  
 Spandau, Hennendorfer Straße 86, am 3. April.  
 Der Torber **Otto Lüder**  
 am 7. April.  
 Ihre Ihrem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Pflanzstr. 83-85  
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
 Telefon: Ami Norden 185, 1299, 1987, 9714.  
 Montag, den 18. April 1921, abends 7 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
 aller in Führungsgeschäften und Brauereibetrieben beschäftigten Schmeider  
 in Köhlers Hofstätten, Weberstraße 17.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht über die außerordentliche Generalversammlung.  
 2. Stellungnahme zur ersten linken Generalversammlung.  
 3. Wahl eines Delegierten aus den Brauereibetrieben.  
 4. Schriftliches und mündliches Ersuchen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Nachricht!**  
 Delegierte zur Generalversammlung.  
 Die ordentliche Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle findet Montag, 18. April 1921, statt.  
 Die Ortsverwaltung.





# Severing über den Kommunistenputsch

Preussischer Landtag

Freitag, den 15. April 1921, 12 Uhr.

Am Regierungstisch, Severing.  
Kleine Anfragen.

Die Nichtbestätigung des Redakteurs Kilian als besoldetes Magistratsmitglied in Halle ist durch den Regierungspräsidenten zu Merseburg unter einstimmiger Zustimmung des zuständigen Selbstverwaltungsorgans, des Bezirksausschusses erfolgt. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist nicht verletzt. (Lebhafte Stille, hört b. d. K.)

Auf eine deutschnationale Anfrage, worin dem Regierungspräsidenten zu Breslau und dem Landrat Süh in Waldenburg große Pflichterfüllung vorgeworfen werden, weil sie die Führer des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier“ verhaften ließen und das beschlagnahmte Altenmaterial der sozialdemokratischen „Vergewalt“ zur Veröffentlichung übergaben, erwidert die Regierung, daß der Regierungspräsident nach der Lage der Dinge habe annehmen müssen, daß die Verhaftung berechtigt sei. Eine strafbare Beiseiteziehung von Akten liege nicht vor.

Abg. Menzel (Stettin (Dil.) besagte sich über den Handel und Gewerbe schädigenden Geschäfts-Ladenschluß. Die Regierung läßt darauf erwidern, daß die Gemeinden zur Anordnung des Geschäfts-Ladenschlusses auf Anweisung des Reichs-Kommunikationskommissionars verpflichtet seien: dieser Fall liegt z. B. in Berlin vor.

Auf eine Beschwerde des Abg. Hermann (D. Sp.), wonach die Einrichtung weltlicher Schulen auf dem Umweg der Zusammenlegung von Klassen versucht werde, erwidert die Regierung, daß diese Zusammenlegung verfassungsmäßig sei, war auch der Reichsminister des Innern anerkannt hat. Die Zusammenfassung geschehe stets so, daß die Kinder nicht zu weitliegenden Schulen zu weisen werden. Es gelangen nur freiwillig sich meldende Lehrer für dieses System zur Verwendung.

Es folgt die erste Beratung des Staatsvertrages über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

## Severing rechnet ab

Das Haus setzt sodann die Beratungen über die Unruhen in Mitteldeutschland fort.

Minister des Innern Severing (v. d. Deutschl. und Komm. mit großem Lärm empfangen — einige Kommunisten rufen „Lump“ — „Vniute b. d. S.“): Ich weiß den Herren Redaktionen Dank dafür, daß er verhindert hat, daß die Ausprache während der Niederstimmung des Aufstandes stattfand. Das bekannte Wort: Wenn gute Reden Sie begleiten, dann geht die Arbeit manter fort, gilt nicht für die Niederwerfung von Aufständen: da muß gearbeitet werden. Ich habe nichts gegen eine Ausprache, aber die Regierung muß ihre Aufgabe vor allem schnell und gründlich erledigen. Herr Graef hat unterlassen, gäßen anzugeben, welche rechtsstehenden Zeitungen auf die planmäßige Vorbereitung gerade dieses Aufstandes aufmerksam gemacht haben. Hätte er mir den Nachweis geführt, daß dieser Aufstand vorher angekündigt wurde, dann wären die Beschuldigungen der Rechten zureichend. Aber Herr Graef hat sich die bequemste Methode der Papierschneiderei zu eigen gemacht und sich auf unzählige Weise Zeitungsanzeigen geflüchtet. Die Berichte der „Deutschen Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ waren auch der Regierung bekannt, aber wenn die Regierung auf alle Spitzberichte hereinfallen sollte, so wäre sie bald erledigt. Denn nichts läßt mehr als Lächerlichkeit. (Sehr wahr!) b. d. S.) Auch in rechtsgerichteten Kreisen besteht ein Umsturzplan, und die kommunistische Presse wurde von ihrer Partei aufgefördert, sie zu verbreiten, auf ihre Gefährlichkeit hinzuweisen und damit für einen kommunistischen Aufstand den Boden zu bereiten. Bei solchen Plänen kommt aber alles auf die Ausführung an. Die kommunistischen Pläne setzen zu ihrer Ausführung vor allem das Einsehen der Reichswehr voraus. Ich bin von der Größe der kommunistischen Gefahr durchaus überzeugt und gewillt, ihr entgegenzutreten, aber ich lege keine weißen Hände (nach rechts) wie Sie. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. S.) Für die Mitarbeit der Presse bin ich sehr dankbar, aber ich kann nicht kritiklos auf alles hereinfallen, was in der „Deutschen Tageszeitung“ und in der „Deutschen Zeitung“ steht, ebensowenig wie auf die Produkte der „Roten Fahne“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Wäre ich auf das Märchen der „Leipziger Volkszeitung“ von dem geplanten Rechtsputsch im März herein gefallen, so hätten wir in Berlin einen unruhigen Sonntag erlebt. Die Berichte waren wochenlang geprüft und als Arbeit profitablerer Zuträger erkannt worden. (Zurufe rechts.) Glauben Sie (nach rechts), daß Ihre Vorbereitungen nicht ebenso gefährlich für das Bestehen Deutschlands sind wie die kommunistischen? (Großer Lärm rechts.) Ich bin von Jugend an ein Gegner der konservativen Politik gewesen, hatte aber immer einen gewissen Respekt vor der aristokratischen Lebensauffassung der preussischen Großen. Die Tatsache aber, daß die deutschnationale Partei v. Kardorff dem Älteren auf Herrn Graef gekommen ist, ist

## eine geistige Bankrotterklärung.

(Stürmischer Beifall links — Großer Lärm rechts.) In einem Augenblick, in dem die Feinde des deutschen Volkes mit neuen Maßnahmen hervortreten, hält Herr Graef hier eine Hejrede.

(Großer Lärm rechts. — Abg. Graef ruft forschend: Sie hehen! Sie hehen!) Die Rede Graefs war nichts weiter als eine Zusammenstellung von Zeitungsclipsen. Einverständnis bin ich mit dem Satze des Herrn Graef, daß es kein Wunder ist, daß in der Gegend von Leuna solche Zustände sich entwickelt haben. (Abg. Graef: Das ist für mich sehr bismarckisch. — Gelächter rechts.) In dem Bezirk Halle—Merseburg hat sich in den letzten Jahren eine geradezu amerikanische Entwicklung abgespielt. 1915 wurde das Leuna-Werk gegründet und mußte sich auf Arbeiter stützen, die infolge des Krieges brotlos geworden waren und aus dem ganzen Reich nach Leuna zusammengelockt wurden. Diese Arbeiter sind nicht bodenständig geworden. (Zuruf rechts: es fehlte eine gute Verwaltung.). Wenn Sie damit sagen wollen, daß die Verwaltung von 1915 bis 1918 schlecht war, so kann ich Ihnen zustimmen. (Stürmische Heiterkeit links. — Großer Lärm rechts.) Eine vorsichtige Regierung hätte mit Rücksicht auf die Lage stärkere Polizeikräfte dort zusammengezogen. (Hört, hört! b. Komm.) Wollen Sie (zu den Komm.) die Wiederholung der Zustände von Mansfeld? Als dort die Arbeiter 1908 zum erstenmal versuchten, wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen, gab man ihnen die Antwort mit Maschinengewehren.

Die dauernde Mahregelung und Niedertrüppelung der Arbeiterkraft durch Ihre Regierung (zur Rechten) hat den Geist erzeugt, der sich jetzt in Mitteldeutschland entladen hat.

Wo die Gewerkschaften ungeführt arbeiten konnten, ist es nicht zu solchen Entladungen gekommen. Der Abgeordnete Graef hat sich die Zeitungsclipsen zu eigen gemacht, daß Herrling den Kommunisten, die ihre Waffen abliefern würden, zugesichert habe, daß ihre Namen nicht festgestellt würden und sie straflos blieben. (Der Minister verliest eine Erklärung Hörsings, wonach die strittige Anweisung betreffs Straflosigkeit vom Major Wolters in mißverständlicher Anweisung einer Anweisung des Reichsentsprechungsamtes ergangen ist. Hörsing hat dem Major sofort erklärt, daß er mit seinem Verfahren nicht einverstanden sei.) Auch ich habe sofort, als ich von dem Amnestieverbot hörte, aus eigener Initiative und nicht infolge eines Druckes der Reichsregierung angeordnet, daß die gegebenen Zusicherungen sofort annulliert werden müßten. (Großer Lärm b. d. Komm.) Ja, verlangen Sie (zu den Komm.) denn, daß wir in derselben Situation, in der Sie die Verschickung aller Gefangenen befehlen, Straflosigkeit gewähren? (Erneute große Unruhe b. d. Komm.) Entweder verlangen Sie, daß man die Sprache Ihrer Organe und Ihrer Abgeordneten ernst nimmt, oder Sie müssen erklären, daß es sich dabei nur um ein Spiel geht, damit man danach seine Maßnahmen treffen kann. (Stürmischer Beifall b. d. S.) — Großer Lärm b. d. Komm. — Zuruf des Abg. Dr. Meyer-Oppenheim (BDD): Wo haben wir beschrien, Leute niederzuschlagen? — Stürmischer Gelächter im ganzen Hause.) Der Abgeordnete Graef hat behauptet, daß 50000 M. von dem Kreisaustrich zur Unterstützung der kommunistischen „Mansfelder Volkszeitung“ lanciert worden seien. Das ist eine glatte Lüge. (Großer Zuruf des Abg. Graef: Es ist aber wahr!) Diese Ihre Behauptung kann ich nicht ernst nehmen, nachdem Sie so zahlreiche beweislose Angaben gemacht haben. (Stürmischer Beifall links. — Erneute Zurufe der Deutschnationalen.) Sollte etwas daran wahr sein, so werden die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen. (Erneuter Zuruf des Abg. Graef: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Da hört ja alles auf, wie Sie polemisieren, Herr! — Stürmische Heiterkeit links.) Nach Herrn Graef haben sich diese Dinge unter den Augen des Ministers abgespielt. Das kann doch nur den Sinn haben, daß ich sie zum mindesten gebilligt habe. Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen können. Nach Herrn Graef hat infolge des schwachen Einflusses von Kräften in Grotzöbers die Schuppel eine empfindliche Niederlage erlitten. In den ersten Tagen war der Einsatz der Kräfte gewiß gering. Man sieht doch nicht fünf Kanonen nach Spahen! Zunächst kam es nur darauf an, die Leuna-Werke und die Mansfelder Bergwerke zu schließen. Und dazu hätten 2—4000 Mann genügt. Nach dem Urteil von Sachverständigen wäre dazu der Einsatz von Reichswehr nicht notwendig gewesen. Die Niederlage der Schuppel bei Grotzöbers ist dadurch verursacht worden, daß es den Kommunisten mittels eines geheimen Ganges möglich war, in den Rücken der Schuppel zu gelangen. (Zuruf rechts: Mann! — Großer Heiterkeit.)

Der Einsatz von Reichswehr hätte bei ihrer Unbesiehltheit ein großes Blutbad zur Folge gehabt.

Beim Kapp-Putsch billigten die Herren von rechts das Nichteingreifen der Reichswehr durchaus. Jetzt wird mir von Ihnen (nach rechts) daraus ein Strich gedreht. Es ist ohne Reichswehr gegangen. Und dieser Erfolg der preussischen Regierung ist der Rechten sehr unangenehm. (Zuruf rechts: Auf den Erfolg können Sie stolz sein.) Der Dank des Abgeordneten Graef an die Schuppel war ein Danaergeschenk. Hier begegnet sich äußerste Rechte und äußerste Linke. Die Schuppel ist viel zu klug, um auf die Kallenjägermelodien der Bolschewisten von rechts und von links hereinzufallen. Wenn für die Schuppel von der Staatsregierung nicht mehr gesehen kann, so ist das zum größten Teil auf den Widerstand der deutschnationalen Volkspartei im Hauptausschuß zurückzuführen. (Zuruf des Abgeordneten Heh (A.): Nun oder endlich zur Sache! — Heiterkeit.) Das ist deutschnationale Theorie und Praxis! Ich muß die Rede des Abgeordneten Graef als Zusammenrottung von Unwahheiten, Schleichheiten und Lügen brandmarken. (Lebhafte Beifall b. d. Rechten. — Der Abg.

Conrad (Dn.) wird vom Präsidenten wegen des Zurufs Schwinder gerügt.) Wenn heute in Deutschland so viele fremde Arbeiter beschäftigt werden, so ist das letzte Ende auf die Wünsche der rheinisch-westfälischen Industrie und der dortigen Rheinisch-Westfälischen Industrie zurückzuführen. Die Anwesenheit der Gallen in Pommern und Berlin haben Sie (nach rechts) nichts einzuwenden. Sie haben nur etwas gegen die Elemente, die Ihnen nicht genehm sind. (Zuruf: Juden.) Ich bin kein Philodemit, sondern habe nur in meiner Jugend Leining gelesen und schäme die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Rassenabstammung nach ihrem Menschenwert ein. In den Märztagen war, wie auch Sie, meine Herren von rechts, wissen, der Osten bedroht. Das erforderte die Anwesenheit der Reichswehr im gefährdeten Gebiet. Nur ein Demagoge (Großer Entrüstung rechts) konnte der preussischen Regierung einen Vorwurf machen aus der Nichtverwendung der Reichswehr, wie das in der „Deutschen Tageszeitung“ geschehen ist. (Zuruf des Abg. Graef: Da haben Sie sich einmal geübt herausgeredet, Herr Minister!) Mit meiner Einwilligung sind übrigens erhebliche Kräfte in Bitterfeld, Merseburg usw. eingesetzt worden. (Zuruf der Kommunisten: Verbrecher! — Gegenruf des Abgeordneten Stering (Soz.): Ich lehne die Verbrecher!) Eine Kräfte habe ich aber in Naumburg liegenden Reichswehr wegen ihres Eingreifens nicht erteilt. Wenn ihr Kommandeur gehört hätte, daß plündernde Banden durch das Anstrich ziehen, und er hätte dem Gewehr bei Fuß zugehört, so hätte ich auf seine Entfernung hingewirkt. Ferner hat man gesagt über unzureichende Vermeidung von Schuppelpolizei. Demgegenüber stelle ich fest, daß im Kreise Liebenwerda neben den Kommunisten die Vertreter des Bauernbundes sich der Verwendung der Schuppel auf Befehl widerlegt haben. (Lebhafte Stille, hört. — Abg. Graef (Dil.): Das muß erst nachgeprüft werden!) Der Grund für dieses merkwürdige Verhalten der Bauern liegt darin, daß die Schuppel energisch gegen das Schieberium und Schleichhändlerium im Kreise

vorging. (Zuruf rechts: Schieber aus dem Osten.) Davon ist auf dem Lande nichts zu bemerken; die Schleichhändler sind recht tüchtige Arier. So hat man dafür gezahlt, daß die Schuppel möglichst schnell wieder herausgezogen wurde. Ferner wurde meine Haltung auf der Tagung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre in Berlin kritisiert. Die Verhandlung fand statt am Abend vor der Beerdigung des erschossenen Arbeiters Splitt. (Zuruf der Komm. erwidert!) Ich protestiere gegen diese Bezeichnung! (Lärm b. d. Komm. — Glöckel (D. Präl.) Sie (zu d. Komm.) können diesen Ausdruck wiederholen, so oft Sie wollen. Ich habe in diesen Tagen meine politischen Freunde zu beeinflussen versucht, um die Teilnahme der Arbeiterkraft an dem Proteststreik zu verhindern. Wenn die Regierung sich passiv verhalten hätte, würde man ihr wieder Schlappheit vorgeworfen haben. Herr Graef hat mir gestern unterstellt, ich hätte gegen den Zustand in Mitteldeutschland nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, weil es sich ja nur um Bürgerputz gehandelt habe. Für diese unerbörte Unterstellung fehlt mir einfach der parlamentarische Ausdruck. Es ist aber Bürgerputz, daß es mir mir betriebslos zu unterstellen. Gegenstand heftiger Angriffe war der unabhängige Landrat Kapazet in Sangerhausen; gegen ihn schwebt die Untersuchung, und wenn er seine Pflicht verläßt, so wird er entfernt werden. Andere unabhängige Landräte haben sich durchaus bemüht. Herr Eberlein meinte, seine Partei habe mit den Ältesten nichts zu tun. Ach Herr Eberlein, war es vielleicht die Reichswehr? Spieß gibt es bei der Polizei auch, aber haben die Kommunisten vielleicht keine? Kommunistische Spieser liegen sogar im Ministerium und übermitteln wichtige politische Aktenstücke nach Moskau. Sie (zu d. Komm.) sind auch die intellektuellen Urheber der Ältesten auf die Siegeszüge u. a. In den Tagen der Ältesten hat man Mitglieder der BDD und der BDD gefunden. (Großer Lärm b. d. Komm.) Aus der Aufforderung der „Roten Fahne“, die Transporte der Schuppel unter allen Umständen zu verhindern, gingen die Ältesten auf die Eisenbahnen hervor. Ueber die Vorbereitung des Aufstandes durch die Kommunisten habe ich ausführlich berichtet. Die Einzelheiten kann Ihnen der Abg. Dr. Meyer von der BDD, mitteln. Standgerichte sind nicht eingesetzt. Todesurteile sind nicht vollstreckt worden. (Widerspruch b. d. Komm.) Die sozialdemokratischen und unabhängigen Urträge, die Garantien gegen eine Rechtsjustiz fordern, verkehre ich vollkommen. Nur die kommunistische Partei hat kein Recht, sich über den weißen Schrecken zu beklagen, wenn sie selbst Revolutionstribunale einrichtet. Den sogenannten weißen Schrecken will ich aber nicht verteidigen. Ich werde alles tun, die Klagen gegenstandslos zu machen, damit das deutsche Volk Ruhe und Brot bekommt. (Lebhafte Beifall.) Ich weiß, was ich auf dem Posten, den ich heute noch bekleide, (Zuruf rechts: Heute noch!) zu tun habe. Ich weiß, daß ich nicht blind sein darf gegenüber den Gefahren, die dem deutschen Volk von rechts drohen. Die Kommunisten bauen auf die Solidarität der Arbeiter, weil sie glauben, daß die deutschen Arbeiter mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen, wenn die Selbstschutzhorganisationen einmal Zusammenkünfte herbeiführen. So lange Sie (nach rechts) mit dem Säbel rasseln, liefern Sie den Kommunisten Agitationsstoff. (Widerspruch rechts.) Und Sie, meine Herren von links, machen das Umgekehrte. Sie würden der deutschen Arbeiterkraft mehr imponieren, wenn Sie sich nach Ihrer Niederlage den Mund nicht gar so voll nehmen wollten. Wenn ich eine neue Aktion vorbereiten möchte, würde ich an Ihrer Stelle gar nicht reden, sondern die Machtverhältnisse prüfen und dann zu der Erkenntnis kommen, daß das, was Sie wollen, sich nicht mit Dynamitbomben und Sprengungen erreichen läßt, sondern nur durch die Erleuchtung des Volkes zur Selbstverantwortung und zur Demokratie. Auf

**Mannefries**  
mit echter Lackkappe wie Abbildung  
nur  
**88**  
Mark

### Aber nur kurze Zeit

geben wir auf alle schwarzen Herren- und Damenstiefel elegantester Ausführung in

Original  
Ragummasolnis

## 10%

Bar-Rabatt, der an der Kasse sofort in Abzug gebracht wird

**Sonowack** Schuhfabriken  
L. & Co. A.G. Burg b. Magdeburg

NW, Friedrichstr. 240/41  
W, Palaststr. 20  
V, Schillstr. 19  
NW, Beusselstr. 27  
NW, Turmstr. 41  
NW, Wiltschauer Str. 22  
N, Brunnenstr. 37  
N, Dänziger Str. 1  
N, Friedrichstr. 139  
N, Malteserstr. 33  
O, Androssstr. 28  
O, Frankfurter Allee 32  
SO, Oranienstr. 24  
SO, Weingartenstr. 47  
L, Spillplatz 13  
C, Rosenthaler Str. 14  
Neukölln, Bergstr. 30/31  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/123/124  
Brandenburger Str. 24

Man achte auf den Vornamen „Conrad“

diesem Standpunkt steht ich und nicht die Staatsregierung, und davon werden wir uns nicht abbringen lassen, weder durch Drohungen von rechts noch von links. (Zischen b. d. Deutschl. und Komm. — Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit und Handclatschen auf der Tribüne.)

Abg. Dr. Mener-Ostpreußen (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Entschädigung der verbotenen kommunistischen Zeitungen: Die Demokratie, von der Herr Severing sprach, hat man diskreditiert durch die Zeitungsbefehle und die Verhaftung der Redakteure. Das Verbot der „Roten Fahne“ war durchaus unangeleglich. Die Beschlagnahme der Auflage und die Entfernung der Maschinenteile wird die gewünschte Wirkung nicht erreichen. (Redner bringt einzelne Beschwerden über das Vorgehen gegen die Kommunisten in Ostpreußen vor.) Der Siegesszug des Kommunismus läßt sich durch diese Schikanen nicht aufhalten. Je mehr die Wahrheit unterdrückt wird, um so mehr wird sie Fuß fassen.

Abg. Geißler (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag auf Uebernahme der Befreiungsfolien für den Kommunisten Solts auf die Staatskasse und auf Entschädigung der Hinterbliebenen, sowie die große Anfrage derselben Partei, die die Befreiung der Schuldigen wegen der widerrechtlichen Verhaftung und des Todes Solts fordert. Der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, Herr Weismann, der seinen Reichtum seinem Spielerglück verdankt, die rechte Hand Severings ist verantwortlich für die Verhaftung Solts. Er hat den Polizeipräsidenten Richter (Polizei-Präsident Richter nimmt auf der Regierungsbau an den Verhandlungen teil) Solts sorgfältig zu bewachen. Der Polizeibeamte, der Solts erschossen hat, ist merkwürdigerweise derselbe, der schon 1919 einen Kommunisten „auf der Flucht“ erschossen hat. Eine große Schuld an der Ermordung trägt der frühere Minister Heine, der größte Schandfleck der Mehrheitssozialdemokratie, mit seinem berüchtigten Schießbefehl, mittels dessen außer Solts so viele andere Kommunisten vom Leben zum Tode befördert worden sind. Redner schildert weiter die bekannten Vorgänge bei Solts' Erschießung. (Der Abg. V. Hoffmann (Komm.) ruft dabei dem Polizeipräsidenten Richter sarkastisch zu: Sie sind ein Mörder! — Der Polizeipräsident geht aus dem Sitzungssaal. — Abg. V. Hoffmann, der inzwischen einen Ordnungsruf erhalten hat, ruft hinter ihm her: Da verschwindet der Falunke! — Vizepräsident Dr. Forst erteilt dem Abg. Paul Hoffmann den zweiten Ordnungsruf.) Dem Mörder Solts sind später vom Polizeipräsidenten größere Geldzuwendungen gemacht worden. (Hört, hört! bei den Komm.) Der Name des Beamten, der Solts ermordet hat, wird verschwiegen; wenn Herr Severing und Herr Richter ihn selbst nicht kennen sollten, so kann ich mitteilen, daß er Janne heißt. Solts stand auf einer Liste, die noch manchen Namen aufweist. Wer wird als nächster ermordet werden?

Abg. Franken (Komm.): Es ist traurig, daß sich nicht nur Behörden an die Exzesse der Zwangsmahnmahnen gewandt haben, daß sich auch Sozialdemokraten gefunden haben, die die Kommunisten verrietten. Peter Zimmer, jene elende Kreatur (ungeheure Erregung der Sozialdemokraten. — Zurufe: Sie haben ihn erst geschlagen und jetzt beschimpfen Sie ihn! — Minutenlanges tosendes Lärm.) Die Glode des Präsidenten bringt nicht durch, der Redner verläßt wiederholt, weiterzusprechen, wird aber durch gemeinsame, immer wiederholte Schlussrufe der Sozialdemokraten daran gehindert. Schließlich erklärt Vizepräsident Dr. Forst, daß die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt ist. — Schlag 3 Uhr 20 Minuten.

### Zweite Sitzung

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die zweite Sitzung um 3,35 Uhr, bedauert den Zwischenfall, bittet um Mäßigkeit und fragt an, ob der Antragsteller weiter zu sprechen wünscht.

Abg. Franken (Komm.) fortsetzend: (Sämtliche Parteien, außer den Kommunisten, verlassen den Saal) Peter Zimmer ist zum belgischen Kommissar gegangen und hat das Eingreifen der belgischen Truppen herbeigeführt. Er hat schon im vorigen Jahre seine Arbeitstemeraden ans Koffer der belgischen Behörden geliefert. Der Fall Wienge beweist, daß auch in den westlichen Demo-

krassen die Demokratie nur eine Maske für die kapitalistische Diktatur ist. Heute früh ist der Abgeordnete, Genosse Schneider, von zwei Sipolanten verhaftet worden, obwohl er sich sofort ausweilen konnte. Die „Republik“ in Köln und die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen sind verboten worden, weil sie die Zusammenhänge zwischen deutschen und Belgischen Behörden festgenagelt haben.

Das Haus tritt in die Besprechung der großen Anträge und Anträge ein.

Abg. Stieles (Z.) (Die Abgeordneten betreten den Saal wieder): Die Kommunisten sind nicht berechtigt, sich als die alleinigen Arbeitervertreter auszuspielen. Hinter den christlichen Gewerkschaften stehen auch zweieinhalb Millionen Mitglieder. Die Plüscherei der Kommunisten steht trotz aller Reinigungsversuche fest. Die Sondergerichte dürfen nicht in eine Klassenjustiz ausarten. Nur gewerkschaftliche Arbeit kann die Arbeiterklasse emporführen. (Beifall bei der Mitte.)

Abg. Dr. Wintermeil (D. B.): Die Rede des Ministers war nichts anderes als Parteipolitik. (Lärm links. — Zuruf: Sie sind ja ein parlamentarischer Säugling.) Es ist ehrenhafter, ein parlamentarischer Säugling, als ein parlamentarischer alter Esel zu sein. (Heiterkeit.) Der Bahngang Lübauers war ein reines Höflichkeitsspielchen mit den Hehaufrufen der „Roten Fahne“. (Zuruf: Scholem Aleikum! — Große Heiterkeit!) Auch die Reichswehr muß in Mitteldeutschland vermehrt werden.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.): Es ist bedauerlich, daß hier nicht Anträge zur Unterstützung der Opfer des Aufstandes, sondern zur Erleichterung der gefangenen Täter besprochen werden. An der Schuldfrage kommen wir nicht vorbei. Es steht fest, daß es der Regierung gelungen ist, binnen 10 Tagen den Aufstand niederzuschlagen, und daß eine derartige Aktion mit geringeren Verlusten kaum durchgeführt werden konnte. In Bayern aber wird die Bewaffnung der Einwohnerwehren damit begründet, daß sich dort in kommunistischen Händen noch zahlreiche Waffen befinden. Der Ordnungshaft Bayern müßte doch am allerbesten in der Lage sein, den Kommunisten die Waffen wegzunehmen. Die Radikalisierung der Arbeiter lag an der mangelnden gewerkschaftlichen Schulung. (Sehr richtig in der Mitte und bei den Soz.) Solche Forderungen wie die des Herrn Graf wirken nur aufreizend auf die Arbeiter. Man kann diese Dinge nicht aus der Perspektive eines Inzierkommerzanten Gutshofes beurteilen. Die Tätigkeit der linksstehenden Landräte will ich nicht verteidigen, aber es ist doch merkwürdig, daß der (Lärm) zum Ausbruch kam in einem Kreise, der noch heute von einem Landrat der wilhelminischen Ära geleitet wird. (Hört, hört!) Der deutsche nationale Regierungspräsident in Marburg war mit den ganzen Kräfte des Oberpräsidenten Hörsing durchaus einverstanden und billigte es besonders noch ausdrücklich, daß die Reichswehr zurückgehalten wurde. Warum richtet man gegen ihn keine Vorwürfe? (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend, 12 Uhr: Abgeordnetenentscheidung, Fortsetzung der heutigen Aussprache. Schlag 6 Uhr.

## Vor den Berliner Ausnahmegerichten

Vor dem außerordentlichen Gericht des Landgerichts I hatte sich am Freitag zuerst der Diener Johannes Halweg wegen Straßenraub zu verantworten. Er hatte auf der Straße einer Dame die Handtasche entziffen. Der Angeklagte wurde unter Festlegung einer Bewährungsfrist wegen schweren Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Dem 19jährigen Schriftföher Otto Fechner wurde zur Last gelegt, durch Ankleben von Plakaten mit der Aufforderung zum Generalstreik gegen den § 110 des R. St. G. verstoßen zu haben. Der Angeklagte bestritt, Plakate angeklebt zu haben. Die Sicherheitspolizei, die als Zeugen geladen waren, konnten nicht beweisen, daß §. die Plakate angeklebt hat. Unter

Aufhebung des Haftbefehls wurde die Verhandlung zwecks Ladung eines angeblichen Komplizen des Angeklagten vertagt. Der Verteidiger, Justizrat Broß, beantragt, der Schriftföher Richard Müller darüber zu vernehmen, daß die Arbeiterschaft einen Unterschied zwischen Generalstreik und verurteilten Generalstreik macht. Der Antrag wurde vom Gericht abgelehnt, denn das Gericht, so erklärte der Vorsitzende, brauche Herrn Richard Müller nicht, um zu wissen, was unter Generalstreik zu verstehen ist. — Wegen Ankleben von Plakaten mit dem Aufruf zum Generalstreik wurde der 33jährige Schuhmacher Oscar Schulze mit 1 Monat Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungsfrist und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Antrag des Verteidigers, Genossen Dr. Siegfried Weinberg, auf Strafausschlagung wurde vom Gericht abgelehnt. — Der 37jährige Arbeiter Viau soll die „Rote Fahne“ mit einem Aufruf zum Generalstreik vertrieben und Flugblätter, darunter eines, das sich gegen die „Freiheit“ richtete, angeklebt haben. Genosse Weinberg erklärte wegen des Flugblattes gegen die „Freiheit“, daß die Partei auf den Schuß des Staatsanwalts verrietete, sie erwehre sich selbst der kommunistischen Angriffe. Die Partei verbitte sich den Schuß der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte wurde schließlich freigesprochen. — Eine Verlesungshandlung vorliege. — Der Schuhmacher Übermeit gab zu, daß er Fettel, die den Generalstreik forderten, angeklebt habe. Von einem Generalstreik habe er sich die Einnahme des Proletariats versprochen. Der Urteilsspruch lautete auf 4 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 14 Tagen Untersuchungsfrist. Genosse Dr. Siegfried Weinberg beantragte Haftentlassung, da der Angeklagte selbständiger Schuhmacher sei und keine Erläuterung geföhrt wäre. Die Haftentlassung lehnte der Staatsanwalt ab. Diese Haltung des Staatsanwalts brandmarkte der Verteidiger in irreter Ausführung als Barbarei, weil die Erläuterung des Angeklagten nunmehr vernichtet würde. — Die Ritalieder der „Freien Jugend“, Emil Pariser, 19 Jahre alt, Ernst Müller, 17 Jahre alt und Erich Friedewald, 17 Jahre alt, hatten gemeinsam Plakate mit dem Generalstreikaufruf angeklebt. Sie gaben dies auch ohne weiteres zu, denn für Zeitungsleben könne die Partei keine bezahlten Kräfte anstellen. Außerdem würden sie sich gern der Partei zur Verfügung stellen. Pariser erhielt 1 Monat Gefängnis, Müller und Friedewald je drei Wochen Gefängnis. Außerdem wurden die Angeklagten zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Pariser und Friedewald sollen je 10 Tage Untersuchungsfrist in Anrechnung gebracht werden. Ihrer Jugend wegen wurde sämtlichen Angeklagten eine Bewährungsfrist bis 1. Mai 1924 bewilligt.

Revision des deutschen Eisenbahnmaterials in Belgien und Frankreich. Wie das Brüsseler Blatt „Libre Belgique“ mitteilt, wird am kommenden Sonntag auf allen belgischen und auf allen französischen Eisenbahnlinien einschließlich der Elsass-Lothringischen und der Prinz-Heinrichsbahn, sowie im besetzten Gebiet eine Inventur über das vorhandene deutsche Eisenbahnmaterial ausgenommen. Der Zweck dieser Aufnahme soll sein, eine Untercheidung zu machen zwischen dem erbehaltenen Kriegsmaterial und dem von den Deutschen nach dem Waffenstillstand gelieferten, sowie dem Material, das Elsass-Lothringen gehört. Endlich aber soll auch festgestellt werden, wieviel deutsche Waggons in Belgien und Frankreich zirkulieren und nach Deutschland zurückgeführt werden müssen.

Spanien und die 3. Internationale. In den Verhandlungen des spanischen Sozialistenkongresses in Madrid über die Haltung der Partei gegenüber Rußland wurde, wie schon gemeldet, der Anschlag auf die 3. Internationale abgelehnt. Die Berichte zweier Genossen, die in Rußland waren, lauteten sehr ungünstig.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Grödenau. — Verantwortlich für Kommunalpolitik, Volkes und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Berlin. — Verantwortlich für den Inlandteil: Ludwig Kommitzer, Karlsruhe. — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, e. B. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 29.

Moderne, fertige Frühjahrs-Kleidung

**SCHULMEISTER**

Herren- u. Knaben-Konfektionshaus, Dresdener Str. 4, Kottbusser Tor

Strassen-Anzug . . .	von Mk. 450 an
Schlüpfer . . . . .	595
Covertcoat-Paletot . .	650
Gummi-Mantel . . . .	360
fertige Beinkleider . .	72

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Jackett-Anzüge, Culaways, Ullster**  
teils aus Seide, früher bis 1200 Mk., jetzt nur 400-500 Mk. — Feiner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach besonderer Saison 50%, herabgesetzt. Kurzweilen, Zehel-, Blau-, Weiß-, Silberstones, Keine Lombardwaren.

**Gold, Silber, Double und alle Metalle**  
kauft zu besten Preisen  
Geblauer, H. Waldemarstr. 61  
Stuhl. 3187.

**Garderoben**  
für Herren und Damen mit  
Anzüge, Culaways,  
Kostüme, Mäntel usw. auf  
Teilzahlung  
Grobler, Weinbergweg 4

Leicht beschädigte  
Klassiker, Romane, Jugendchriften  
Sozialistische Literatur  
25% Preisermäßigung  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2  
Breite Straße 8/9

**Spezial-Arzt**  
Dr. Jellé für Geschlechts-, Nerven, Schwäche, Syphilis, Gicht, Rheuma, Blasenleiden, Spr. Chron. Paralyse, u. Ausfälle, Licht u. Finstern-Verdächtig. in der Halle  
**Dir. O. Löser, Münzstr. 9**  
unite Alexanderplatz, S. 1, 4-8, Sonntags S. 1. Damen separat

**Schlaflos**  
Möbel  
zu bedentend herabgesetzten Preisen.  
Bar-od-Teilzahlung  
bei kleinsten An- und Abzahlungen.  
Südländliche Bedingungen.  
Bürgl. Wohnungseinrichtungen.  
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Saal- u. Küche, Einzelne Möbel  
Lieferung auch an auswärtige Lagerorte kassenzinsfrei  
**Möbel-Kohn**  
Or. Frankfurter Str. 58  
8. 2. Min. u. Hagenberg.  
Kilise: Wabbe, 47-48.  
8. 2. Min. u. St. Gehlender.

**Alexander Stein**  
Agrarfrage und Sozialismus  
Aus dem Inhalt:  
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenbildung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie  
Preis 2.50 Mark  
Organisationen Preisermäßigung  
**Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,**  
Breite Straße 8-9

**Möbel sehr billig**  
auch auf Kredit  
zu den kleinsten Zahlungsbedingungen  
Lieferung frei Haus — Liefer. auch auswärtig.  
**Möbel-Gros**  
Große Frankfurter Straße 141  
Invalidenstr. 5, Eingang Alterstr.

**Homöopath.**  
Institut Meissner  
Mögelstr. 25 am Bahnhof  
Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, nervöse Schwäche, Spr. verall. Fälle u. Kinder, Nerven, u. innerer Krankheiten, ohne Berufsbeschränkung.  
Harn- u. Blasenleiden  
10-1, 5-8, Donnerst. u. Sigt. 11-12.

**Rupfer 13.00**  
Zinn b. 30.00  
Sämtliche Metalle  
kauft billigst  
Metallbewertung  
Lothringer Str. 47. Keller

**Soeben erschienen!**  
Soeben erschienen!  
**Artur Crispian**  
**Ueberflüssige Menschen**  
Preis 3,- Mark  
Buchhandlg. „Freiheit“  
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

**Für Almetalle**  
jede höchsten Tagespreis  
Oberberger Straße 1  
Heinrichsdorfer Straße 1 67

**Foto-Apparate**  
u. Zubehörsort. Vltre 101 L. Foto-Industrie, Berlin-Stralitz, Friedenthal 14

**Gäle**  
für Versammlungen, 50-200 Personen  
Sitz- u. Beisitzung in Hackescher Hof,  
Rosenthaler Str. 40/41 u. Neben 2215

**Erfinder, Vorwärts**  
Inventar! Die Industrie sucht Erfindungen. Versicherungsunterstützung und ausübende Beschäftigung. Patentanwalt Dr. Wendt, Hannover, Ferdinandsstraße 11

**Neu!**  
**Schuhe und Stiefel**  
für Herren, Damen, Knaben und Mädchen  
Solides Material, gute Verarbeitung  
und sehr billige Preise.  
Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr  
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

**Neu!**  
**Schuhe und Stiefel**  
für Herren, Damen, Knaben und Mädchen  
Solides Material, gute Verarbeitung  
und sehr billige Preise.  
Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr  
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur